3BE 8-1969/70

universität bochum und klinikum essen

Univ.

Bibliothek

Bochum

Zeugenaussage V. P.: "Ich stand im Flur, in der Türe zum Politischen Referat. Da ich groß bin, konnte ich den ganzen Flur überschauen. Die Polizisten schlugen, nachdem sie in den Flur eingebrochen waren, auf Kommilitonen ein, die durch das Rückwärtslaufen gestolpert wa-ren und am Boden lagen. Die Kommilitonen schützten Gesicht und Kopf mit den Armen vor den Polizeiknüppeln. Dies war der "Widerstand", den sie leisteten. Ein jüngerer Polizist hatte Hemmungen. draufzuchlagen Ein älterer Polizist redete auf den jüngeren ein und zeigte auf den am Boden Liegenden. Der

Fernsehen so lange auf Film ge-

nommen, bis einer der Polizisten

(der, der die Anweisung gege-

ben hatte) die für die Aufnahme

dieser Szenen entscheidende

jüngere schlug zu, zögerte aber von neuem. Die Szene wieder-holte sich so einige Male, ohne Eile vor den Augen der den Po-lizisten Gegenüberstehenden. An Hilfe war nicht zu denken, Fernsehlampe mit dem Schlagstock zertrümmerte. Dies konnte da der Flur sehr schmal ist, die Polizisten dick gepanzert waren und mit den Schlagstöcken und Stiefeln alles zusammenschlagen kein Versehen gewesen sein, da der Scheinwerfer auf einem über 2 Meter hohen Stativ stand und außerdem abseits der sonstigen Prügelei. Unmittelbar darauf drangen die Polizisten in das Zeugenaussage V. P.: "Diese Szenen wurden vom Auskunftszimmer ein und grif-

Presse!' rief, was nicht mißverstanden werden konnte. Die Dame wurde durch den Flur gestoßen - und - wie dann andere sahen und die Berichterstatterin selbst sagte - kopfüber das Treppenhaus hinunter gestoßen.

Zeugenaussage Julian v. Eckardt:

"Ich ging zu den 5 auf den Speicher und berichtete ihnen von der Übermacht der Polizei. Die 5 ließen sich daraufhin festnehmen ohne sich zu wehren. Was auf der Treppe geschah, weiß außer den Fünfen nur die Polizei. Unten angekommen blutete Volker Müller stark. Fortsetzung Seite 2



Wahlaufruf

In den Abteilungen II, III, V, VIII, und XII finden vom 11. bis 13. 2. Nachwahlen. der Direktkandidaten zum

Kandidaten melden sich bis zum 20. Januar, 18 Uhr, schriftlich beim Wahlleiter Joachim Erwin, Juristische Fachschaft, IB 4/83.

Immatrikulationsbescheinigung, Angabe über Zuge-hörigkeit zu Hochschulgruppen und Unterschriften von mindestens 20 Studenten der Abteilung bitte beifü-

Rektor: AStA überholt

Biedenkopf will Abschaffung der Studentenschaft als Zwangskörperschaft

"Eine Zwangsmitgliedschaft in der Studentenschaft und damit eine Heranziehung der Studenten zur Zahlung von Zwangsbeiträgen (erscheint) dann mit dem Grundgesetz unvereinbar, wenn die Organisation ihre Aufgaben vorwiegend allgemein politisch versteht. Ausweislich der Erklärungen des Vorstandes der Studentenschaft der Ruhr-Universität und der Beschlüsse des Studentenparlaments während der letzten Wochen ist dies bei der Studentenschaft der Ruhr-Universität der Fall." Diese Begründung führte Rektor Biedenkopf in seinem "Bericht" vom 9. Januar neben universitätsrechtlichen Gründen an, um "mit Beginn des Sommersemesters 69... die Immatrikulation nicht mehr von der Zahlung eines Beitrages für die Studentenschaft abhängig zu machen."

WESTFALENBANK

Wir suchen

Anlageberater für die Vermittlung von **US-Investmentprogrammen**

Wir bieten

gute Verdienstmöglichkeiten erstklassige Schulung

Wir erwarten

intensive Mitarbeit - auch während der Semesterferien

Wir sind

eine Tochtergesellschaft der Westfalenbank Ihr Partner

Wir bitten um Ihre Bewerbung

VEUKA

Gesellschaft für Vermögensverwaltung und Kapitalverkehr mbH & Co. KG

4630 Bochum, Huestraße 21-25 im Hause Westfalenbank ihrem Bestehen betont, daß "die Schwerpunkte der Arbeit im hoch-schulpolitischen Bereich liegen". (AStA-Programm in BSZ Nr. 29 vom 19. Sept. 68.) Auch der VdS, auf den sich Biedenkopf in der Parlamentssitzung am 14.1. schließ-lich berufen wollte, hat dargelegt, daß die "Aktionen (der Studenten) von (ihren) Arbeitsplätzen ausgehen (müssen), aus den Instituten und Seminaren entwickelt (werden müssen)." ("vds-Information" vom 7. 11. 68).

fen sich aus der Menge als erste eine Berichterstatterin des Hei-

delberger Tageblatts, obwohl diese sich als solche zu erkennen

gab und obwohl alles ,Presse!

Warum versucht der Rektor das politische Mandat der Studentenschaft als Argument gegen die Zwangskörperschaft ins Feld zu führen, in einem Augenblick, in dem es nicht allgemein politisch (wie der Rektor behauptet) wahrgenommen wird, sondern hoch-schulpolitisch in die Tat umgesetzt werden soll? Nun. Vietnamresolution und Erklärungen des AStA zur Notstandsgesetzgebung beunruhigten die Ordinarienuniversität weniger. Erst mit der Selbstorgani-sation am Arbeitsplatz, mit der ultimativen Forderung nach demokratischer Veränderung der Hochschule haben Studenten die Machtfrage gestellt.

Wir erlebten am Beispiel unserer und anderer westdeutscher Hochschulen, daß in dem Augenblick, als belanglose (weil folgenlose) Dis-

AStA und Parlament haben seit | tischen Reformwillens nicht mehr ausreichte, zu brutaleren Disziplinierungsmaßnahmen gegriffen wur-de. So erlaubte Herr Biedenkopf kürzlich dem ehrgeizigen Bochumer Polizeipräsidenten "Säuberung" zu üben, als Studenten der Abteilung VIII ihren Modellversuchen durch Besetzungen Verbindlichkeit geben

Rektor Biedenkopf verwahrte sich am 14. 1. vor dem Studentenparlament dagegen, daß an seinen "Bericht" zu strenge Wahrheitsmaßstäbe angelegt würden. Den Vorwurf sachlicher Un-stimmigkeiten konterte er mit dem Hinweis, die Studentenschaft habe kussion zur Kanalisierung studen- auch schon Polemisches geäußert.

Das Biedenkopf-Modell

oder: Wir sitzen alle in einem Boot

denten heißt "Mitarbeit". Daß Mitarbeit zur Farce wird, wenn den Betroffenen nicht die Möglichkeit zu demokratischer Willensäußerung auch: "wir sitzen doch alle in bei Abstimmungen geboten wird (die wenigen Studenten in den relevanten Gremien erfüllen nur Alibi-Funktion) stört den Mann nicht, der als Vorsitzender der Mitbestim-mungskommission der Bundesregierung die demokratische Grundvoraussetzung im Produktionsprozeß zerreden half (man lese die Verlautbarungen entsprechenden seiner Partei nach).

Für Biedenkopf stellt sich das Problem studentischer Repräsentanz gar nicht. "Alle vorliegenden Gesetzentwürfe und bereits bestehenden neuen Gesetze stimmen darin überein, daß die Universität nicht als Anstalt, sondern als Kör-perschaft des öffentlichen Rechts zu organisieren sei und daß die Studenten Mitglieder der Körperschaft des öffentlichen Rechts sein sollen."

Diese Prämisse wird zwar qualitativ nicht erfüllt, dennoch folgert er, die Studentenschaft als "selbständige Zwangskörperschaft" ist "überflüssig". Sie kann getrost der alma mater einverleibt werden.

Biedenkopfs Alternative zu poli-tischen Kampfmaßnahmen der Stu-fügung. Daß mit wechselndem Geldgeber wechselnde Abhängigkeiten verbunden sind, Biedenkopf kann einem Boot".

In dieser Nummer:

Hardenberg-Haus: Bei Liebe Kündigüng Seite 2

DerAStA nimmt Stellung Bericht des

Rektors Seite 3-4

Impressionen Seite 5

Politisches Theater im Ruhr-Pott

Evgl. Kirche Die Reibis sind wieder mächtig

Plarrer Dreier will Theologie in die Tat umsetzen

Seite 6



IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Fachschafts-Nachrichten

Sowis wollen Reformarbeit in der Abteilung forcieren

In der Vollversammlung der Abtei- | eine zweiwöchige Dauer, um die lung VIII am 14. 1. wurde die Feststellung getroffen, daß durch 'die Tätigkeit der Arbeitsgruppen, die ihren selbstorganisierten Studienbetrieb durchführen, die Reformarbeit auf Abteilungsebene zurückgefallen ist. Es sollen deshalb Forderungskataloge für die Neuorgani-



sierung der Abteilung erstellt werden. Ein Strukturmodell und eine neue Studienordnung soll von einer paritätischen Kommission ausgearbeitet werden.

Erwogen wurde eine erneute Un-

fassung, daß die gleichberechtigte Selbstorganisation der am Fach

Germanistik wissenschaftlich Be-

teiligten in Form eines Forums, das

an die Stelle des bisherigen Vorle-

sungsbetriebs treten soll, notwen-

dig ist, um zu erreichen, daß ger-manistische Wissenschaft nicht mehr im luftleeren Raum behaup-

teter unpolitischer Existenz betrie-

ben wird, sondern ihren gesell-

schaftlichen Bezügen im wissen-

Bereich von Lehre und Lernen ge-

Dieser Antrag wurde von der Voll-

versammlung vergangenen Don-nerstag mit 58 Ja-Stimmen gegen-über 17 Nein-Stimmen und 7 Ent-

Professor Grosse, der als einziger

Ordinarius der studentischen Ein-

ladung gefolgt war, wies darauf hin, daß die geplante Abschaffung

der Vorlesungen im nächsten Seme-

ster die Lehrfreiheit einschränken

dete folgende Anträge, die der Fa-

kultät in der Sitzung am 15. 1. 69

zur Abstimmung vorgelegt wurden:

1. Öffentlichkeit der Fakultätssit-

haltungen angenommen.

der Abt. VII:

schaftstheoretischen Bereich und im

terbrechung des Lehrbetriebes für Abteilungsselbstverwaltung. Forum statt Vorlesung / Germanisten drängen auf Reform "Die Vollversammlung ist der Auf- | lesungsbetrieb, als Luxus sozusagen, ohne Verbindlichkeit bleiben müßte, zumal den Studenten dann nicht mehr die Zeit bliebe, die neue Lehrveranstaltung (Arbeitskreise,

Plenumsdiskussionen) selbst zu ge-

Ausarbeitung der konkreten Re-

formvorschläge zu fördern und gleichzeitig die Tätigkeit der Ar-

Der Antrag auf Einsetzung der

halbparitätisch besetzten Kommission wurde gestern abend auf der

Fakultätssitzung mit professoraler

Mit diesem Antrag wäre er an-genommen worden, hätte die Ab-

teilungsvollversammlung einen Teil

der von ihr beanspruchten Kompe-

tenzen im Grunde wieder abgetre-ten: an ein Repräsentations-gremium. Die Studenten der Abtei-lung VIII verzichteten also auf ei-

nen Teil ihrer plebiszitären Forde-

rungen, um ihre Kompromißbereitschaft zu beweisen. Die Fakultät war zu diesem Kompromiß nicht

Konsequenzen: Keine Mitarbeit

mehr in diesem Machtinstrument

der Professoren, keine Mitarbeit

mehr bei unvermeidlichen Kommis-

sionen, Sabotage der professoralen

beitsgruppen zu konsolidieren.

Einmütigkeit abgelehnt.

Das Forum bedeutet nach den Vorstellungen der Reformer in der germanistischen Fachschaft nicht nur eine neue mögliche Rezeptionsform, sondern soll, qualitativ neu, eine demokratische Alternative zum autoritären Lehrbetrieb werden.

Assistent Dr. Hufeland wittert in alledem nur unangenehm Politisches. Nach seiner wenig originellen Be-schwörung: "Schaut euch diese Ty-pen an!", meinte er, Themen wie "Germanistik und Gesellschaft" oder ... "Germanistik ... und ... Politik" könne man getrost den Soziologen bzw. Politologen überlassen. Zum Thema "Germanistik und Schule" fiel ihm keine kompetente Adresse ein. Per Zwischenruf wurde ihm würde. Dem wurde entgegengehalten, dieses Thema den Schüten, daß ein Forum geben dem Vorlern zu überlassen.

Wirtschaftswissenschaftler: Studienreform wird vertagt Der Fachschaftsrat zur Situation in | Vertreter bei Berufungsangele-

genheiten. Die o. FVV vom 16. 12. verabschie- Die Fachschaft fordert ad hoc gemäß der neuen Senatspraxis Verdoppelung der student. Vertreter auf 4 und Teilnahme an allen TOP. In der FVV am Montag, dem 20. 1. 69 wird die Drittelparität erneut

Wie der AStA

gebracht wurde

Eine Polizeiaktion, deren Härte an den 2. Juni 1967 erinnerte, erlebte der AStA Heidelberg am 10. 1. in aller Herrgottsfrühe. Um Haftbefehle gegen 5 Studenten zu vollstrecken, schlugen Polizisten mit Axten die verriegelte Eingangstür des AStA ein und stürmten in Kampfausrüstung und mit Schäferhunden die Treppe hoch.

Obgleich die Studenten am Boden saßen und keinen Widerstand leisteten, wurden sie geprügelt und getreten. 2 Mitglieder des SDS-Bundesvorstandes wurden nach Anweisung eines höheren Polizeibeamten mit Schlägen durch ein Spalier von Polizisten die Treppe hinunter in einen Polizeiwagen ge-

Während ein anwesendes Fernsehteam die Szene filmte, zertrümmerte ein Polizist den Fernsehscheinwerfer mit dem Schlagstock. Kameras wurden kurzerhand beschlagnahmt, eine Journalistin an den Haaren durch den Flur gezerrt und kopfüber die Treppe hinabge-

Außer den 5 Gesuchten wurden weitere SDS-Mitglieder verhaftet und ins Mannheimer Gefängnis ge-

Der Haftbefehl gegen die Studenten Volker Müller, Günter Mangold, Jochen Noth, Burkhard von Braunbehrens und Thomas Ripke datierte vom 20. Dezember.

Sie hatten sich zu diesem Termin wegen Landfriedensbruchs vor Gericht zu verantworten, weil sie im Januar 1968 versucht hatten, eine folkloristische Veranstaltung des akademischen Auslandsamtes der Universität "Studenten aus aller Welt singen und tanzen für Heidelberg" in eine Diskussion über die Struktur und Aufgabe dieses Amtes sowie über die Situation der Dritten Welt umzufunktionieren.

Angezeigt worden waren sie von Oberbürgermeister Zundel (SPD), der mit dem iranischen Botschafter zu dieser Veranstaltung erschienen war. Nebenkläger war die NPD. Der Prozeß, ursprünglich auf den 16. Dezember anberaumt, war vom Gericht kurzfristig auf den 20. 12. (Weihnachtsferien) verschoben worden. Die 5 Angeklagten waren jedoch, um sich der Terminwillkür zu widersetzen, nicht erschienen, kündigten jedoch an, daß sie am 8. 1. vor Gericht erscheinen würden. Daraufhin war Haftbefehl erlassen und sogar die Interpol ein-

Am 8. 1. waren die Angeklagten in Begleitung von rund 2000 Studenten vor Gericht erschienen, jedoch

Nach der Polizeiaktion ließ der Rektor die Universität schließen und von mehreren hundert Polizisten aus Nordbaden schützen. Der baden-württembergische Innen-minister Krause (SPD) stellte sich "voll und ganz" hinter das Vorgehen der Polizei. Er werde nicht zulassen, daß Gewaltaktionen einer

Während der Jugendkongreß der

Polizeiaktionen an Hochschulen

Fortsetzung von S. 1

Heidelberg zur Räson

fenordnung verweigert.

nicht verhaftet worden.

Minderheit in Terror ausarten.

SPD in Godesberg Krauses Rücktritt forderte, wurde dieser vom Kabinett Filbinger in einer eigens einberufenen Kabinettssitzung geEine Welle von Sympathiekundge- Freiburg besetzten das Rektorat, zung des Kultusministers die Stubungen erreichte den Heidelberger um ihrer Solidarität mit den Hei- denten ultimativ aufgefordert, ihre AStA: neben zahlreichen Telefonanrufen aus der Bevölkerung gingen mehr als 600 DM Spenden für den Rechtshilfefonds ein. Solidaritätstelegramme kamen von den AStA Bochum, Gießen, Frankfurt, Marburg, TH Darmstadt, TU Berlin. Die Weiterleitung eines Tele-gramms des AStA der FU wurde von der Bundespost wegen angeblichen Verstoßes gegen die Telegra-

Während einer Pressekonferenz erklärte der Heidelberger Oberstaatsanwalt Nägele, Journalisten müßten das Risiko in Kauf nehmen, bei derartigen Aktionen nicht heil da-vonzukommen. Sein Kollege Weidner, der das Wegnehmen von Kamera, Notizblock, den Einzug dreier Filme, die vorläufige Beschlag-nahme einer Fernsehkamera, deren Filminhalt durch "Versehen" her-ausfiel, veranlaßt hatte, begründete sein Verhalten mit "Sicherstellung von Beweismaterlal". Fortgesetzter Widerstand sei durch leichte poli-zeiliche Mittel gebrochen worden.

Die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier verur-teilte in einem Schreiben an das Justiz- und Innenministerium die Behinderung der Berichterstattung und forderte eine eingehende Untersuchung, 16 Heidelberger Gerichtsreferendare forderten in einer Presseerklärung gegen Staatsanwalt Weidner ein Straf- und Disziplinarverfahren: Etwa 200 Studenten der Universität | Loeschke den Assistentenvorsitzen- | nicht.

delberger Studenten Ausdruck zu

Protestaktionen bis zum heutigen geben.
In Heidelberg haben der Senat und Rektor Baldinger mit Unterstüt
Donnerstag aufzugeben. Andernfalls werde die Universität geschlossen.

Professoren nicht an Mitarbeit interessiert

schaften sachlich anders gelagert sind als in den Geisteswissenschaften" hatte der Dekan der Abt. für Elektrotechnik am Freitag vor Weihnachten die Dekane und Senatoren, je einen Vertreter der Nichtordinarien und Assistenten und die Jeweiligen zwei studentischen Fakultätsmitglieder der Abt. IX — XVIII zu einem Gespräch eingeladen. "... im Interesse aller Beteiligten (sollte) einmal gemeinsam festgestellt werden..., daß ein großer Teil der Anliegen der Studentenschaft in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen bereits verwirklicht sind." Die Dauer dieses Gesprächs begrenzte man zu Anfang gleich auf eine Stunde, "denn bei den Natur-wissenschaftlern geht alles kurz und bündig." "Hinter Ihnen sitzt einer meiner Assistenten, fragen Sie ihn mal", bat der Physiologe

die Probleme der Studienreform in die abhängige Stellung der Assiden Natur- und Ingenieurwissen- stenten bei den Naturwissenschafstenten bei den Naturwissenschaften hinwies.

Auf den Vorschlag des Dekans Kneller, doch einmal alles zusammenzutragen, was ein Problem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften sei, kam eine lange Liste zustande, die aber auch alles enthielt, was in der gesamten Universität als "Problem" gilt: die Verant-wortung für die technischen Produkte, die gesellschaftliche Rele-vanz in den Naturwissenschaften, das Selbstverständnis der Naturwissens aftler, Struktur der Ab-teilung, Habilitation, Didaktik, Leistungsnachweis, Besetzung von Stellen, Autonomie der Wissenschaften, Zulassungsbeschränkung, schungsfinanzierung etc.

Man bildete drei Arbeitsgruppen, die (im wesentlichen) das Studium, die Abteilungsstruktur und den Wissenschaftsbegriff bearbeiten sollen. Professoren beteiligten sich

Verstoß gegen die "guten Sitten" Erneut fristlose Kündigungen im Hardenberg-Haus

Zum zweiten Male innerhalb weniger Wochen sprach Johannes sich 111, entsprechend 90,1%, für Kiersch, Lehrer an der Rudolfdie sofortige Abschaffung des Para-Steiner-Schule in Bochum und Heimleiter des Friedrich-von-Hardenberg-Hauses, dessen Träger der anthroposophische "gemeinnützige Verein zur Förderung des studentischen Lebens im Ruhrgebiet e. V." ist, eine fristlose Kündigung wegen Verstoßes gegen die "guten Sit-ten" bzw. die von den Heimbewohnern nie akzeptierte Hausordnung aus.

Beide Male beruhte die Kündigung auf der Denunziation eines "hausordnungsbewußten" Heimbewohners. Derartiges Verhalten war von den nichtstudentischen Vertretern im Kuratorium (3 Vertreter des Trägers, 1 Vertreter der Uni, 1 Student), der höchsten Instanz der Heimverwaltung, auf ihrer Sitzung im Dezember letzten Jahres als "begrüßenswert" und "mutig", neuerlich von Herrn Kiersch als "charaktervoll" bezeichnet worden.

Dieses Mal war es cand. rer. soc. M. Niehues, examinierter Ingenieur und Mitglied einer Verbindung, der sich für berufen hielt, dafür zu sorgen, daß sich weniger bewußte Heimbewohner dem ideologischen Diktat des Heimträgers unterwer-fen. (In diesem Zusammenhang dürfte das Ergebnis einer von den Heimsprechern veranstalteten Urabstimmung über die Beibehaltung bzw. die Abschaffung des 23°°-Paragraphen interessieren, die Ende letzten Jahres abgehalten wurde, nachdem sich Herr Kiersch vorgeblich für ein Drittel meist nicht in Erscheinung tretender Heimbewohner sprechend gegen die Abschafgraphen ausgesprochen hatte. Von selbst Mitglied des Trägervereins:

graphen aus.) Nachdem Herr Niehues dem Beteiligten bereits vorher in launiger (allerdings anonymer) Form empfohlen hatte, das Wohnverhältnis mit "Vorsorge" zu kündigen, vertraute er Herrn Kiersch die weitere Behandlung durch entsprechende Maßnahmen an. Von einem Heimsprecher zur Rede gestellt, gab er zu verstehen, daß er auch über dessen angebliche Verstöße gegen die Hausordnung informiert sei. Auf eine von den Heimsprechern verfaßte Wandzeitung hin drohte er dann gar mit dem Rechtsanwalt. Da der Heimträger, bzw. als dessen Vertreter Herr Kiersch, Herrn Nie-hues für glaubwürdiger hält als den von diesem Beschuldigten, ließe sich vermuten, daß die "schwarzen Schafe" des Friedrich-von-Hardenberg-Hauses, bzw. die, die Herr Niehues dafür hält, bald ausgemerzt, sein werden, zöge Herr Niehues nichts bereits Ende der Woche die Konsequenzen aus seiner fragwürdigen Ruhmestat: Er verläßt das

Wohnheim. Vielleicht waren diese beiden Fälle der Denunziation, auf die der Heimträger so dankbar einging, nur Einzelfälle. Sollte dies nicht der Fall sein, erscheint uns der Heimträger, der die Gemeinschaft so vehement propagiert, unglaubwürdig, und wir würden unser bestes tun, unser Studentenheim so darzustellen, wie es Aber vielleicht wird man in Zu-sich anböte: als ein Haus, in dem kunft ähnliche Worte finden müsniemand dem anderen über den Weg trauen darf. Der "antitechnische Affekt" des anthroposophifung dieses Entmündigungspara- schen Heimträgers (Herr Kiersch,

"Betrachten Sie das doch als eine Marotte"), der über fast drei Jahre das Aufstellen eines Fernsehgerätes durch die studentische Selbstverwaltung verhinderte, ist zu un-rühmlich bekannt, als daß hierauf

noch einzugehen wäre. Es war daher nicht überraschend, daß, als uns endlich ein Fernsehraum zugestanden wurde, dieser sich im Innersten des Kellers be-fand, an einem Orte, wo die vom Träger unerwünschte Entdeckung des Fernsehapparates durch Besucher des Hauses sowie Spender und Freunde des Vereins als ausgeschlossen gelten kann. Nur hat der Raum leider den Nachteil, daß er auf Grund seiner Größe von ca. 17 m² und seiner Lage für den Fernsehempfang denkbar ungeeig-

Nachdem kürzlich von den Heimsprechern der freundlicherweise vom Studentenwerk zur Verfügung gestellte Fernsehapparat in einem Etagengemeinschaftsraum aufgestellt wurde, forderte Herr Kiersch die Heimsprecher jetzt auf, das Gerät von dort zu entfernen, da er in den Etagengemeinschaftsräumen keinen Fernsehapparat dulde. Nach der Weigerung der Heimsprecher drohte Herr Kiersch mit Konsequenzen seitens des Kuratoriums. Wir möchten dies nicht als "Lum-perei" bezeichnen, wie Frau Kiersch, Gattin unseres Heimleiters, die Aktivitäten der Heimsprecher in der letzten Woche benannte.

sen, um sich gegenüber dem Heimträger und Herrn Kiersch zu verständigen. Gert Brandstäter, Günther Rohdenburg,

Heimsprecher

2. Sitz und Stimme studentischer zur Sprache gebracht. Uber werden für 1968 an unsere Mitglieder ausgezahlt. Qualitäts-, Preisleistung und Beteiligung unserer Mitglieder am Unternehmenserfolg auch in 1969. Brechbohnen nen sich selbst von der Qualität überzeugen

Rinder-Rouladen in KONSUM-Fleischläden Rosenkohl ein zartes, delikates Gemüse Holländische Tulpen 5 Stück im Bund schöne Blüten Geräucherter Rotbarsch frisch aus dem Rauch Oldenhof-Salami und Cervelatwurst geschnitten, vacuumverpackt Alideuisches Bauernbroi doppelt gebacken **EVST-Rindfleisch** für die schnelle Küche 394-g-Dose Milkana-Almschnitten herzhafter Käseaufschnitt Tee-Aufguß-Beutel Minze, Früchte, Butte jede 20er-Pckg Holländische Kondensmilch 411-g-Dose 7,5 %, sehr ergiebig

"Elite" feine ausgesuchte Qualitäts-Kaffeemischung tägl. röstfrisch Sandkuchen Zitrone, Orange, m. Fettglasur **GEG-Weinbrand** "Privat" Spanische Aprikosen halbe Früchte, sehr fruchtig **GEG-Eiskorn** 38 Vol. %, klar, rein, hochbekömmlich 1/1 Fl. **GEG-Steinhäger** 40 Vol. %, würzig 1/s Flasche Erdbeer-Kontitüre aromatisch 450-g-Glas Fichte-Schaumbad belebend und angenehm 1000-ccm-FI Fesch-Haarspray Qualitätserzeugnis 18-oz.-Dose **Auf alle Angebote** erhalten Mitglieder Rückvergütung!

Cirkel-Kaffee

Frischer Qualitäts-Ifschnitt Zungenwurst, gek. Vorderschinken, orig. Bay. Leberkäse

1/1GI.

IGACH-IN NELL

Die hohe Schule der Manipulation Stellungnahme des AStA zum "Bericht" des Rektors vom 9. Januar 1969

Philologische Vorbemerkung

Manipulative "Berichterstattung", somit in Wirklichkeit nichts andewie sie der Rektor betreibt, hat ihre Methode darin, daß sie einer statt- dessen, wie der Rektor den AStA gefundenen Diskussion einen für professorale Zwecke brauchbaren Sinnzusammenhang unterstellt: "AStA erklärt: "Weitere Diskussion zwecklos" bzw. "Zur Diskussion be-

Um der Fiktion den Anschein von Wahrheit geben zu können, werden authentische Aussagen des AStA in den künstlich konstruierten Sinnzusammenhang "eingeordnet" (d. h. ihm untergeordnet), der dem authentischen Sinnzusammenhang widerspricht. Die angeblich objektive Wiedergabe der Diskussion ist

zu diskreditieren versucht. So ist der "Bericht" über die Sitzung der Senatskommission für Verfassungsfragen vom 20. 12. 68 das "Protokoll" dieser Sitzung, das aber von den Studenten und Assistenten nicht angenommen wurde, sondern zur Neufassung zurückgewiesen wurde. Nichtsdestotrotz veröffentlicht der Rektor diesen Text, dessen fehlende Objektivität

bereits festgestellt war. So sieht sich der AStA gezwungen, seine Argumentation noch einmal zu entwickeln:

Diskussion

sungskommission) begibt, sieht so aus, daß die verschiedenen Parteien ihre unterschiedlichen Vorstellungen artikulieren und daß man dann darangeht, sich auf einen Mittel-wert zu einigen. Dieses Modell, analog dem vom Tarifverhandlungen, impliziert von vornherein "Kompromißbereitschaft", es quantifiziert sämtliche inhaltlichen Pro-bleme: die "Mindestforderungen" der Studentenschaft wären demnach Maximalforderungen, von denen sie sich gefälligst einiges ab-markten zu lassen hätten.

Wir sind nicht bereit, auf dieser Ebene zu diskutieren. Wir verste-hen unter Diskussion nicht das Finden des kleinsten gemeinsamen Nenners von AStA- und LRK-Papier, sondern die inhaltliche Diskussion von Öffentlichkeit, Drittel-parität, Zweistufigkeit der Selbstverwaltungsgremien etc.

Wir sind nicht bereit, auf unsere Forderung eines Drittels, die wir inhaltlich — nach demokratischen und wissenschaftlichen Kriterien begründen, zu verzichten, nur weil ein anderes Papier den Studenten nur 20 Prozent zugestehen will.

Wir sind nicht der Überzeugung, daß die Wahrheit in der Mitte liegt, wie uns das der Rektor vormachen möchte.

Überzeugung, daß die Wir sind der ihrer Seite hat, und wir bestehen deshalb auf der Forderung, die Professoren hätten rationale Argumente unseren essentials entgegenzuhalten.

Wir sind nicht bereit, "Kompromisse" einzugehen, nur weil ein formales Modell sich das so vor-

Wir sind nur "zur Diskussion bereit", wenn diese sich inhaltlich mit unseren Forderungen auseinander-

Bisher wurde aber gegen die Drittelparität allein vorgebracht, daß sie "gegen die Freiheit von Forschung und Lehre" verstoße. Wir konnten diesen Vorwurf entkräften, sich Konsequenzen für die Funkindem wir auf unseren Verfassungs- tion der Selbstverwaltungsgremien entwurf hinwiesen. ("Die Universi- und für weitere Verfassungsände-

Das Diskussionsmodell, das dem tät ist autonom. Sie ist nur ihren Rektor vorschwebt, wenn er sich zu "Verhandlungen" (hier: Verfas- ihren Anwendungen verpflichtet.") Die Kommission schloß sich unseren Ausführungen an. Wir fordern ein gleichberechtigtes Teilnahmerecht der Studenten in der Autonomie der Universität am Wissenschaftsprozeß, also eine Korrelation von wissenschaftlicher Lehr- und Lernfreiheit. (Bereits Humboldt stellte für das Verhältnis von "Lehrenden" und Studierenden fest: "Beide sind für die Wissenschaft da". Bisher aber bestimmten die "Lehrenden" allein Form und Inhalt der wissen-schaftlichen Veranstaltungen Lernfreiheit" besteht nur in der Auswahl aus diesen, ist zudem noch

> schränkt.) Unserer Forderung nach prinzipieller Öffentlichkeit wurde entgegengehalten, dann würden die Ent-scheidungen in inoffiziellen Sitzungen im voraus getroffen (analog zum "Kressbronner Kreis").

durch einen Kanon sich zuzule-genden "Prüfungswissens" einge-

Wir wiesen diese Überlegung zurück: Ein gemeinsames Essen aller Dekane kann solche Folgen gar nicht zeitigen, weil die Dekane überstimmt werden können unter paritätischen Verhältnissen. Zudem gibt es innerhalb der universitären Gruppen keine Karrieremöglichkeiten und Abhängigkeiten wie im parlamentarischen Parteiensystem, das es den Parteispi Drittelparität die Rationalität auf die ganze Fraktion gleichzuschal-

Der Einwand, daß es Dinge in der Diskussion gebe, die noch nicht "öf-fentlichkeitsreif" seien, resultiert genau aus dem Verständnis von Politik — als geheimer Beschlußfas-sung und folgender öffentlicher Akklamation — dem unseres diametral entgegengesetzt ist: politische Willensbildung hat sich prinzipiell öffentlich zu vollziehen, sie muß vom ersten bis zum letzten Gedanken der Kontrolle und damit Eingriffsmöglichkeit der Betroffe-

nen offenstehen. Ein weiterer Einwand: Aus der Erkeine sinnvollen Veränderungen allein am Grünen Tisch, ohne prak-

tische Erfahrungen, vornehmen. Das drückt auch ein Senatsbeschluß aus, der über die bestehende Verfassung hinausgehende neue Abteilungsmodelle begrüßte: als praktische Experimente! Die Konzeption einer einmaligen, umfassenden Verfassungsrevision widerspricht historischen Erfahrungen: Es gibt keine homogenen, in sich und gegenüber der Realität widerspruchsfreien Verfassungen. Gerade die immer wieder zu konstatierenden inneren Widersprüche sind das movens der Geschichte. (So auch unserer gegenwärtiger Konflikt in der Uni, resultierend aus dem Widerspruch, daß den Studenten zwar Wissenschaft vermittelt werden soll, daß die Studenten aber von der Willensbildung und Beschlußfassung über Organisation und In-halt des Wissenschaftsprozesses ausgeschlossen sind).

Es ist irrational, die Lösung der bestehenden Konflikte im Akt einer umfassenden Verfassungsänderung in einem Stück sehen zu wollen. Abgesehen von der theoretischen Schwäche dieses Ansatzes, halten wir ihn für nichts anderes als einen neuerlichen Versuch, die Veränderungen hinauszuzögern, indem man uns an den Verhandlungstisch bannen und derweil - und dessen Endlosigkeit kann bezeugen, wer die professorale Taktik erfahren hat - alles beim alten lassen wollte. Wir bestehen deshalb weiterhin auf der Forderung sofortiger Einführung der Öffentlichkeit, um mit ihr als einem Moment den Prozeß einzuleiten, als den wir die Demokratisierung stets verstanden haben. Das bezeugt die BSZ vom 24. 10. 68. die also noch vor der Verabschie-

schule versteht sich in diesem (Verfassungs-)Entwurf als der Prozeß fortschreitender Selbst- und Mitbestimmung der einzelnen Universitätsmitglieder. Diese sollen möglichst direkt beteiligt werden. Die latenten Konflikte zwischen traditioneller Herrschaft und kritischer Rationalität treten dann offen hervor, wenn Amts- und Sachautorität ohne Kontroll- d. h. Korrekturmöglichkeit, identifiziert werden. Prüfungen sind in diesem Kontext Situationen sozialer Machtaus-übung... (Es) ist die Arbeit der Universität nur effektiv und legi-tim, wenn die hochschulpolitischen Fragen nach den Prinzipien eines demokratischen Willensbildungsprozesses entschieden werden... Drittelparität ist in der gegenwärtigen Situation unbedingt notwendig, sie darf aber nicht als die Realisation von demokratischen Strukturen schlechthin verstanden werden, sondern ist "nur" als "Zwischenfixierung eines Demokratisierungsprozesses" (vds-MV 68) zu verstehen.

Selbstverständlich vollzieht sich der wissenschaftliche Erkenntnispro-zeß nicht drittelparitätisch, aber wir müssen ihn in seinem sozio-institutionellen Rahmen sehen. Die-

Die Forderung nach Drittelparität verkennt sich somit nicht als das Optimum einer wissenschaftsadä-quaten, d. h. demokratischen Struktur des Wissenschaftsbetriebs. Sie begreift sich statt dessen als die Voraussetzung, um über sich selbst hinauszugehen zu neuen Formen einer demokratischen Organisation, die den Status der einzelnen Gruppen einander angenähert hat

rungen, die zuerst ausgearbeitet dung des Ultimatums erschien und sei sich in der Hauptsache doch werden müßten. Diese Vorstellung alle Professoren Lügen straft, deträgt der Dialektik von Theorie und Praxis nicht Rechnung. Man kann sind: "Demokratisierung der Hoch-

ser ist nicht herrschaftsfrei wie das wissenschaftliche Prinzip...

Revolutionär nicht reformistisch

chen Auffassung" (gleich der des Rektors), "die Revolution aus-schließlich vom Standpunkte der Straßenunruhen und Krawalle, d. h. vom Standpunkt der "Unord-nung" ins Auge faßt (Rosa Luxemburg) verstehen wir unter griff "revolutionär" (auf die Universitätsverhältnisse bezogen) "etwas anderes und etwas mehr," nämlich die fundamentale Änderung ihre sozialen Strukturen, die in den politischen Machtstrukturen adäquaten Ausdruck finden.

Reform begreifen wir als ein Mo-ment in der Universitätsentwicklung, nicht als Methode. Wir sind uns dessen bewußt, daß innerhalb des Rahmens ungebrochener Ordinarienherrschaft studentische Reformarbeit sich stets nur im Rahmen dieser Herrschaft bewegen kann und wird. Der Umschlag der bloßen quantitativen Veränderungen zu einer neuen Qualität. konkret: der Übergang von der Ordinarien-Universität zur demokrati-

"Im Unterschied zu der polizeili- innerhalb des von den Ordinarien uns "zugestandenen" institutionellen Raumes vollziehen: in dem sind wir politisch völlig machtlos. Wer sich für den institutionellen Reformweg anstelle des außer-institutionellen Vorgehens ausspricht. wantt nicht einen "ordent lichen" Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung der demokratischen Universität bloß unwesentliche Veränderungen in der bestehenden. Er erreicht nur die Beseitigung von Auswüchsen der Ordinarienherrschaft, nicht aber die Abschaffung der Ordinarienherrschaft selbst.

Es handelt sich also nicht darum ob wir Erfolge institutionell erstreben sollen, sondern, ob bei alledem die Ordinarienherrschaft unangetastet bleibt oder nicht. Die Studenten können nur deren Totengräber oder Untertanen sein. Wer dieses Verhältnis zu vertuschen oder abzuschwächen versucht, wer die Konflikte zu Mißverständnissen umschen Universität, kann sich nicht deutet und dann behauptet, man

Schein rastloser Geschäftigkeit nicht nur selbst nichts tut, sondern auch zu verhindern sucht, daß mehr als ein unverbindliches "Gespräch" stattfindet: der ist ein Professor oder ein studentischer Opportunist. Wir machen uns und anderen keine Hoffnungen und Illusionen in bezug auf die positiven Ergebnisse, die wir von den Gremien der Ordinarien überhaupt erwarten können. Es wäre deshalb verderblich, würden wir unsere Aktivitäten allein auf die institutionelle Ebene kozen-

Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß unsere wirklichen Mög- wird.

und formale Auseinandersetzung um ihr Studium und gleichfalls die theoretische und praktische Ausein-andersetzung um dieses Projekt — wobei beide Momente nicht zu trennen sind.

Demgegenüber zeigt sich der Guerillakrieg der Studentenvertreter in den akademischen Gremien in seiner ganzen Beschränktheit und Selbstbeschränkung. Die Verabsolutierung des Repräsentationsprinzips, die sich so als Bremsklotz für das Vorwärtsstreben der Studenten erweist, kann selbst nur erleben, daß sie beiseite geschoben



Rektor Biedenkopf nimmt vor dem SP Stellung zum "Bericht".

lichkeiten darin bestehen, daß wir | Am 24. 10. stand in der BSZ Nr. 31: nötigenfalls imstande und willens sind, uns zur Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen direkt zu mobilisieren.

Direkte Aktionen von praktischer Relevanz für uns und jeden einzelnen von uns, also Aktionen wie die der Sozialwissenschaftler, die ihr Ziel schon praktizieren, sind nicht Vorstandsbeschluß auf einen

bestimmten Tag ansetzbar. Sie sind kein bloßes technisches Kampfmittel, das nach Belieben "beschlossen" oder "verboten" werden kann.

Sie können nicht als abstraktes Kampfmittel "propagiert" werden, ihr Sinn und Inhalt bestimmt sich nur im Zusammenhang der konkreten Studiensituation.

stimmter Arbeit nicht hausieren gehen, um für sie die Studentenschaft nach und nach zu gewinnen. Aber die Kritik, die die Sozialwissenschaftler praktisch üben, d.h. als ein Ganzes von konkreter Arbeit und ihrer Organisation gegenüber und entgegen dem Bestehenden, gewinnt für uns entscheidende Bedeutung. Diese praktische Kritik. die über die meist ausschließlich verbale anderer Abteilungen hinausgegangen ist, zeigt sich als eine konsequente Form der Auseinandersetzung und offenbart so deutlich wie nichts bisher die tiefen Widersprüche der Ordinarien-Universität, die keine Harmonieduselei mehr verschleiern kann.

Direkte Aktion erschöpfte sich hier

"Den strukturellen Prinzipien des (Verfassungs-)Entwurfs wird auch Behandlung entsprechen: prinzipielle Öffentlichkeit des politischen Willensbildungsprozesses". Inzwischen haben wir die verschiedenen Taktiken der Professoren kennengelernt: Eine "Reformfreu-digkeit", die, falls wir nicht ange-sichts ihrer vor lauter Entzückung unsere Forderungen und vor allem die Zeit vergessen, in die Gewalt-politik von Polizeiknüppeln umschlägt, um es dann mit Zuckerbrot zu versuchen, das einem gar nicht gehört. (Der Rektor kann sein "Angebot", das er den Studenten der Abt. VIII machte, nicht erfüllen, er kann sich nur bei der Fakultät dafür einsetzen.)

cher" Politik ist die Irreführung der Studenten: es soll verhindert werden, daß sich eine geschlossene Front der Studentenschaft bildet, die sich ihres Interessengegensatzes zu den Professoren bewußt ist und daraus ihre Konsequenzen zieht. Den Professoren geht es darum, kein solches Bewußtsein aufkom-

men zu lassen oder, wo es schon aufgekommen ist, es zu verwirren. So werden den Studenten "Angebote" gemacht, in der Hoffnung, einige dadurch blenden und veranlassen zu können, das "Vorurteil" von der professoralen Selbstsüchtigkeit abzulegen, solcherart die Studentenschaft zu spalten und in innere Auseinandersetzungen zu verwikkeln, die sie schwächen und ein genicht in der Punktualität eines Se- schlossenes Vorgehen verhindern.

Entscheidend ist nicht, daß der Rektor über den AStA Unwahres verbreitet - das läßt sich richtigstellen. Entscheidend ist auch nicht, daß er die Fachschaften zu ködern versucht — das können wir disku-tieren und daraus unsere politischen Konsequenzen ziehen.

Entscheidend ist aber das Vorgehen des Rektors in Fragen, die für uns lebenswichtig sind, die aber unserer unmittelbaren Kontrolle entzogen

In diesem Sinne bietet uns der "Bericht" ein Lehrstück der taktischen Machenschaften des Rektors:

Derselbe Rektor, der sonst die Auffassung vertritt, die Universität solle sich durch eigene Maßnahmen in die Hochschulgesetzdiskussion einschalten, indem sie selbständig Reformen beschließt und durchführt und dadurch dem HG eine Richtung nicht nur verbal, sondern auch konkret (qua Praktizierung) zu präjudizieren versucht — der-selbe Rektor schiebt in dem Augenblick, wo es offensichtlich geworden ist, daß die Professoren keine Argumente gegen Drittelparität, um ihr Geld geht. Wir haben stets Abstimmung an Öffentlichkeit etc. haben, den die Dialektik des "reinen" Wissen- gen mitwirken."

Schwarzen Peter dem Kultusminister (Kumi) zu, indem er ihn um "Belehrung bittet, ob die Erfüllung der von der Studenten-schaft gestellten Forderungen ... mit dem geltenden Hochschulrecht vereinbar ist." Kein Wort von der Autonomie der Hochschule, die organisatorischen und inhaltlichen Probleme ihrer wissenschaftlichen Arbeit' selbst zu lösen! Auf diese Autonomie pocht er aber gleich im nächsten Artikel, denn die Kumis wollen den Profs ans Leder (ihrer Geldbörsen). Die Kumis wollen je-nes Geschäft abschaffen bzw. erschwerden, das sich den Profs bietet, wenn an sie ein Ruf ergeht und die Verfassung, eben die Verfassung, sich in der Folge die verschiedenen Kumis in ihren Angeboten gegenseitig hochschaukeln, um einen Prof zur Annahme bzw. Ablehnung einer Berufung zu bewegen. Dieselben Profs, die bisher stets Kumi-Erlasse im wirtschaftlichen Bereich der Uni (sie allein bestimmen, welcher das ist) "durchgeführt haben, ohne rechtliche Bedenken geltend zu machen", tun dies jetzt, wo es um ihr Geld geht. Wir haben stets Abstimmung an den Entscheidun-

schaftsprozesses zu seiner materiellen Basis betont (daher unsere essentials); die Profs bekennen sich aber erst explizit - implizit aber schon stets in der Ablehnung unserer Forderungen - zu ihr (aber auch nur für sich selbst), wenn sie selbst unmittelbar betroffen sind.

Da wir mit unserer Forderung nach Offentlichkeit diese Autonomie aber nicht antasten, sondern nur an ihr teilhaben wollen, müssen die Profs, da sie inhaltlich nichts dagegen vorbringen können, uns anders begegnen — und das heißt stets: formal. Sie berufen sich auf die noch auf dem elitären Mist nicht in Zweifel gezogenen Professorendünkels gewachsen ist. Diese Verfassung "sieht die grundsätzliche Vertraulichkeit der Diskussionsbeiträge und Abstimmungsverhältnisse vor", und zwar zur "Sicherung einer von außen unbeeinflußten Meinungsbildung in den Fakultäten" und "zum Schutz derjenigen, die durch Diskussionsbeiträge und

Die Frage, ob dies alles mit den gung ihrer materiell unabhängigen Prinzipien eines demokratischen Willensbildungsprozesses und einer demokratischen Kontrolle über-haupt vereinbar ist, stellt sich dem Rektor nicht. So schlägt er nur vor, die Offentlichkeit "zu unterrichten" die dann "Gesichtspunkte geltend machen" könnte, die der Dekan dann "als Empfehlungen ansehen" könnte. Läuft aber nicht selbst das "einer von außen unbeeinflußten Meinungsbildung" (s. o.) zuwider? So leistet die formale Trickkiste ihren Offenbarungseid: Sie dient dazu, Inhalte zu verschleiern.

Solches geschah im Senat, als der Rektor über seinen Brief ans Kumi Sozialbeiträge betreffend) (die "berichtete" (ihn nicht vorlas!) und dabei zu erzählen vergaß, daß einer der beiden Punkte, mit denen er seine Auffassung im Brief begründete, der ist, daß der AStA seine Aufgaben angeblich "vorwiegend allgemein politisch" versteht.

Angesichts der erheblichen politischen Konsequenzen, die dieser Brief zeitigen könnte — Auflösung der Studentenschaft qua Zerschla-

Basis, die allein die Möglichkeit eines entschlossenen Vorgehens für die studentischen Interessen (institutionell) sicherstellt - erweist sich Art und Weise der rektoralen Amtsführung alles andere als harmlos: Der Senat wird im nachhinein mit einem wichtigen Brief konfrontiert, dessen Inhalt er vorher nicht diskutiert hat. (Das hätte auch nur zu "Komplikationen" geführt, wußte doch der Rektor spä-testens seit der Konventssitzung, daß die Vertreter des betroffenen Teils, eben der Studentenschaft, mit den Plänen des Rektors ailes andere als einverstanden waren.) Deshalb wurden sie und der Senat vom Rektor vor vollendete Tatsachen gestellt. Ihm genügten für sein Unternehmen ein einsamer Beschluß und eine äußerst mangelhafte Kenntnis über die Aufgaben der Studentenschaft (s. Bussiek-Fragen an ihn im SP) und ihr hochschulpolitisches Mandat. Die Maske fiel: was bleibt ist ein ignoranter Autokrat.

Horst-Peter Kasper

Zum Bericht, der keiner ist Berichtigung der Darstellungen des Rektors

Zur Zeit gibt es in der Universität zwei Arten eines politischen Stiles: den sachlich-polemischen und den biedenköpfigen. Der erste will durch Zuspitzung Situationen erhellen, der zweite will durch Halbwahrheiten Situationen verdunkeln. Der erste gilt (bei zahlreichen Professoren) als unfein, der zweite gilt als "Bericht".



Support your local dictator!

Ein Bericht-Zitat ist ein Zitat, das in verkürzter Form wiedergibt, was sich als eine Darstellung, die Besonicht gesagt wurde.

"Bericht" in dieser Form definiert Diese seriösen und unterschwelli- Wer im Rektorat sitzt, sollte keine gen Zielvorstellungen erreichen "Berichte" herausgeben. Aber Gesonicht gesagt wurde. besser, je mehr er verfälscht. Er ringt mit jeder Unwahrheit. Er be-richtet in jeder Zeile, was nicht einmal zwischen den Zeilen gesagt wurde. Er ist so lang, wie er dünn ist. Kurzum ein Machwerk, das den Meister nicht ehrt.

> Ein "Bericht" verfolgt in erster Linie Ziele, die er vorsichtshalber nicht bekannt gibt. Dazu benutzt er jedes Mittel, das anderen nicht geheuer ist. Das Ziel des vorliegenden "Berichtes" ist es, die studentischen Vertreter zu verleumden: die Fachschaftsvertreter, die keine Ideen, sondern nur Paritätsflausen im Kopf haben, und die Senats-und AStA-Vertreter, die sich dauernd widersprechen und gar nicht wissen, was sie wollen, abgesehen von einigen Dummheiten. Das Ziel des Berichtes ist es, dem Rektor, der Ideen und Geld verteilt, der Tag und Nacht weitere Reformen entwickelt und über das Wohl der Gesamtheit wacht, einen Lorbeerkranz zu flechten.

wie sie unglaubwürdig sind. Das Ziel, eine nicht vorhandene Wirklichkeit vorhanden zu machen, ist weit gesteckt. Der Weite des Zieles entspricht folgerichtig die generösnachlässige Auffassung von einer korrekten Berichterstattung. Die gekonnten Verzerrungen, Halbwahrheiten und Erfindungen werden unauffällig in den "Bericht" kenntlich gemacht.

im Senat ist der Bericht des Rektors (stets TOP 3 einer Senatssitzung) dadurch gekennzeichnet, daß unvollständig berichtet wird, nach-weislich in der Senatssitzung vom 6. 1. d. J. Wenn der Rektor behauptet, daß die Ruhr-Universität eine Reformuniversität sei, so stimmt das: der "Bericht" ist die weit-gehendste Reform, erreicht er doch, hineingewoben und als solche nicht daß selbst die Wahrheit reformiert

1. Verzerrungen

"Die Studentenschaft ist bereit, über sämtliche Verfassungsvorschläge zu diskutieren. Das gab Guido Boulboullé, mit Zustimmung von Vorstandssprecher Kasper, im Senat zu Protokoll."

Im Bericht müßte es heißen: "Im folgenden geben wir eine unvollständige 'Erklärung zu Protokoll' von Guido Boulboullé wieder, die vollständig lautet: 'Die Studentenschaft ist selbstverständlich bereit, über sämtliche Verfassungsvorschläge zu diskutieren. Ein Kompromiß ist jedoch nicht möglich, da der Senat nicht in der Lage ist, inhaltlich zu den Essentials der Studentenschaft Stellung zu beziehen'." (zit. nach den Notizen von Boulboullé).

Im "Bericht" heißt es auf Seite 3: "Vor dem Senat wiederholte der Rektor seine schon früher auch vor dem Studentenparlament begründete Ablehnung der drittelparitätischen Besetzung aller Beschluß-und Beratungsorgane der Hoch-

Im "Bericht" heißt es auf Seite 9: | Im Bericht müßte es heißen: "Der Rektor begründete im Senat seine Ablehnung der Drittelparität mit dem Hinweis darauf, daß dies die Freiheit von Forschung und Lehre gefährdet. Als die studentischen Vertreter dagegen anführten, daß diese Bedenken bereits in der er-sten Sitzung der Senatskommission für Verfassungsfragen als nicht nicht richtig angesehen wurden (Anm.: In dieser Sitzung wurde die unbedingte Freiheit des Forschens auch von den studentischen Vertretern gefordert), gab der Rektor dies zu und erklärte sinngemäß, daß er diese Sitzung als sehr fruchtbar und

anregend empfunden habe."
Im "Bericht" heißt es auf Seite 9: ,Sie (die Studentenvertreter) verzichten auch darauf, die Studenten zu einem Streik aufzurufen."

Im Bericht müßte es heißen: "Da die Studentenvertreter keinen Grund sahen, die Streikdrohung zurückzuziehen (vgl. oben die Erklärung zu Protokoll), faßte der Senat mit Mehrheit den Beschluß, nicht weiter unter Streikdrohung zu diskutieren."

2. Halbwahrheiten

Im "Bericht" wird auf Seite 9 f. sondern auch, daß sinnvolle und "berichtet", was die studentischen schwerwiegende Einwände gegen Vertreter in der Senatskommission die studentischen Forderungen für Verfassungsfragen im einzelnen zum Aktionsprogramm der Studen-tenschaft erklärten. Diese Darstellung ist eine wortgetreue Wiedergabe eines Protokolls dieser Sitzung, das von dem Persönlichen Referenten des Rektors, Dr. Kübler, angefertigt wurde. Das es sich um die Wiedergabe dieses Protokolls handelt, ist nicht kenntlich gemacht. Bereits am 6. 1. (der "Bericht" erschien am 9. 1.) erklärte Herr Boulboullé im Senat, daß er dem Protokoll in dieser Form nicht zustimmen könne. Am 8. 1. wurde das Protokoll in der Senatskommission für Verfassungsfragen nicht genehmigt. Auch die Vertreter der Assistentenschaft waren mit dem Protokoll nicht einverstanden. Am 9. 1. wurde in einem Telefongespräch zwischen Herrn Kübler und Herrn Boulboullé das Protokoll abgeändert.

So heißt es nicht nur, daß Alternativen zu den studentischen Forderungen nicht akzeptiert werden, gelegt.

nicht laut wurden. So heißt es nicht nur, daß die bestehende Hochschulund Universitätsverfassung nicht anerkannt werde, sondern auch, daß sie solange nicht anerkannt werde, solange sie nur dazu diene, berechtigte Forderungen der Studenten abzuwürgen.

Weiterhin wurde die apodiktische Darstellung der inhaltlichen Erläuterung der Essentials bemängelt z. B. die Formulierung, "die Forderung nach Einführung eines Universitätsparlaments mit Allzuständigkeit für alle Fragen der Universität (sei) unverzichtbar".

Gegen die Abänderungsvorschläge erhob Herr Kübler keine Bedenken. Er erklärte vielmehr (nach der Erinnerung von Herrn Boulboullé); es sei gerade bei längeren Erläuterungen schwierig, sie sinngemäß wiederzugeben; deshalb werde ja auch ein Protokoll in der folgenden Sitzung zur Genehmigung vor-

3. Falsche Behauptungen

Senatssitzung am 6.1. gab der Rektor eine kurze Zusammenfassung dieses Briefes, der die Zwangskörperschaft für die Studenten behandelt (Seite 6). In dieser Zusammenfassung unterschlug der Rektor hat er auch in einem Brief an den einen seiner Gründe, warum die Kultusminister festgestellt, der Zwangskörperschaft aufzuheben

Im "Bericht" ist auszugsweise ein sei, nämlich den, daß Vorstand und Brief des Rektors an den Kultus-Studentenparlament "während der etzten Wochen sich "vorwiegend allgemein politisch" verstehen. Das war kein Zufall: denn diese Behauptung ist nachweislich falsch. Der amtierende Vorstand versteht seine Arbeit hochschulpolitisch. Das

arbeit statt Streik!" wird erneut deutlich, warum in den einzelnen Abteilungen die Studenten nur noch mit der Streikdrohung etwas zu erreichen hoffen: In einer geradezu dummen Unterstellung qualifiziert der gewählte Sprecher der Ordinarien, Biedenkopf, die gesamten Fachschaftsaktivitäten ab ("... sich aktiv an der Studienreform be-teiligen, statt die Studenten der Abteilungen zum Streik aufzurufen und dadurch das WS zu gefährden") Mehr weiß er zu den Mitbestimmungsforderungen nicht zu sagen. Wie kann er denn auch, wenn er mit dem nächsten Satz zeigt ("... keine Fachschaft (hat) ein echtes Alternativkonzept zur bestehenden Studienordnung vorgelegt."), wie schlecht er offensichtlich informiert ist. Oder liegt das Gewicht in diesem Satz bei dem Adjektiv "echtes"? Ein echtes Alternativkonzept im Sinne Biedenkopfs und der meisten, die er vertritt, hat natürlich keine Fachschaft vorgelegt. Daß ihr Alternativkonzept keine "echte" Alternative war, mußten die Psychologen und Sozialwissenschaftler erfahren. Gerade bei der sozialwissenschaftlichen Fachschaft weiß Biedenkopf genau von den nun schon jahrelangen Anstrengungen der Studenten eine neue Studien-

konzeption zu erreichen. Die Studenten haben erfahren, daß das Studium keine Funktion der Universität ist, die sich isoliert von der Struktur des Systems neu konzipieren läßt. So wuchs die Kritik an der Universitätsstruktur aus der Kritik am Studienbetrieb. Und die Reflexion der Faktoren, die einen unwissenschaftlichen und un-menschlichen Studienbetrieb bedin-gen, erweiterte sich auf den Sinn wissenschaftlichen Arbeitens, das Verhältnis Demokratie und Wissenschaftsprozeß und die gesellschaftliche Struktur, in der sich Wissenschaft vollzieht.

Doch all diese grundsätzlichen Fragen wurden als ideologischer Unsinn abgetan, ohne daß man den Beweis in einer Diskussion antrat. "Wir wollen jetzt doch keine Grundsatzfragen behandeln!" ist ein Satz, den jeder studentischer Fakultätsvertreter schon häufig hörte. Warum sollen dann diese Vertreter sich erst noch die Arbeit machen, großartige Schriften anzulegen, wenn die Professoren schon von vornherein Diskussionsbeiträge, die grundsätzlich neue Aspekte bringen, als Zeitverschwendung abtun? Was soll das Getue Biedenkopfs, der große Vermittler zu sein, wenn nun endlich von ihm bekannt ist, daß er von den studentischen Forderungen nichts hält ("Ich will sie nicht! — die Drittelparität), und wo die Forderungen nach einer Beteiligung der Betroffenen am Entscheidungsprozeß sich aus den Forderungen nach einem besseren Studium herleiten.

All die inhaltlichen Komplexe, die die Studentenvertreter mit ihren Mitbestimmungsforderungen verknüpfen, unterschlägt Biedenkopf. So will er erreichen, daß die Fachschaften von dieser Paritäts- und ffentlichkeitsdusele abiassen. Fern von allem Mitbestimmungs-kram sollen die Fachschaften erst einmal den (einfallslosen?) Profes-soren neue Ideen liefern. Um ihnen die hochschulpolitische Passivität schmackhaft zu machen, bietet er ihnen ein Zuckerbrot: "Um leinherrschaft die sachliche Voraussetzung für die eine Chance.

Mit dem Appell Biedenkopfs "Mit- Ausarbeitung von Alternativvorschlägen durch die Fachschaften zu schaffen, hat der Rektor ... den Fachschaften pro Abteilung bis zu zwei Stellen für studentische Hilfskräfte und eine wissenschaftliche Hilfskraftstelle angeboten, die von der Fachschaft im Einvernehmen (!) mit der Universitätsverwaltung besetzt werden können." Hier taucht wieder die Frage auf, wozu das Ganze, wenn die Studienord-nungen von professoralen Gremien verabschiedet werden? So wurde in der letzten Fakultätssitzung der Wirtschaftswissenschaftler die Studienordnung gegen die Stimmen der studentischen Vertreter in der Fakultät verabschiedet. Weiterhin stört das "im Einverneh-

Mitarbeit von

Rektors Gnaden

men mit der Universitätsverwaltung" gewaltig. Wann besteht ein Einvernehmen zwischen Fachschaft und Rektor (Universitätsverwaltung)? Und was für Erfahrungen können die brainies des Rektors, der Planungsstab, anbieten, wenn ihre augenblickliche Tätigkeit darauf beschränkt ist, das Studium nach technokratischen Gesichtspunkten effizienter zu gestalten? Das Feststellen von Veranstaltungsüber-schneidungen, die Analyse von Studienverläufen ohne Berücksichtigung des Faktorenkomplexes der Strukturbedingungen ist noch kein reformerischer Akt, sondern sieht sein Ziel in der Verbesserung. Ein reibungsloser Studienbetrieb bedeutet aber noch nicht ein qualitativ, wissenschaftlich besseres Studium. Hier werden die 9 500,— DM, die der AStA neben 10 500,— DM allgemeinen Zuwendungen den Fachschaften für kritische Studienprogramme und Studienexperimente anbietet, eher neue Formen und Inhalte eines Studiums aufzeigen, da die Erprobung ein wesentlicher

Das ganze Angebot Biedenkopfs enthält natürlich auch eine gewich-tige Bedingung: Erst wenn sich aufgrund einer solchen Erörterung (in den Gremien) zeige, daß die studentischen Alternativvorschläge — wie die Studentenschaft behauptet trotz schriftlicher Erarbeitung und Begründung keine Aussicht hätten, ernst genommen zu werden, sei er bereit, den Argumenten des AStA zu folgen.

Doch haben die Studenten nicht mehr die Ausdauer, zu warten, bis Herr Biedenkopf diese Überzeugung der Studenten einsieht. Das Mittel der finanziellen Austrocknung der Studentenschaft (Abschaffung der Zwangsmitglied-schaft) und die Verpflichtung der Fachschaften durch Geldmittel mit der Bedingung, dann keine Strukturveränderungen zu fordern, ist das letzte Argument Biedenkopfs, die Mitbestimmungsforderungen in die weitere Ferne zu schieben. Die Fachschaften können diese Mittel nur annehmen, wenn sie auf ihre Mitbestimmungsforderungen im Wissenschaftsbetrieb nicht verzichten, denn dieser kann nur demokratisch organisiert sein.

Nur wenn die Planung und Durchführung der wissenschaftlichen Veranstaltungen (Forschung, Lehre stattfinden, der die Gewähr für eine rationale Auseinandersetzung aller betroffenen Gruppen garantiert, haben Alternativen bei den Professoren, die mit ideologischen Argumenten ihre Privilegien und Alleinherrschaft zu halten suchen,

Reformen werden fortgesetzt hintangesetzt Zur Erläuterung eines Berichtes im "Bericht"

hin noch euphemistische Überschriften, die nicht vorhandene Inhalte suggerieren. Wer nicht weiß. wie er Reformbestrebungen entgegentreten kann, behauptet schlankweg, er mache dauernd welche. Wer in die Enge getrieben wird, greift schließlich zu politischen Hasardeurpraktiken um seine Haut und seine Stellung zu retten. Es ist an der Zeit, dem Rektor und der Mehrheit des Senats klar zu machen, daß Selbstver-ständlichkeiten keine Reformen sind. Ein solch zynisches Mißverständnis kann nur als Betrug gewertet werden. Wer keine Reformen machen will, der soll es gefälligst sagen oder den Mund halten, aber sich nicht darum herum-Was sind denn das für Reformen,

die nicht einmal erläutert werden müssen, weil ihre Dürftigkeit und Folgelosigkeit sowieso jedem einsichtig sind! Da werden Reformen gemacht und fortgesetzt, ohne eine Konzeption anzugeben, die ihnen ja möglicherweise zugrundeliegen könnte, und ohne eine Zielvorstellung zu formulieren, die durch diese Reformen schließlich erreicht werden soll. Aber seien wir ehrlich: solch eine Konzeption und solch

eine Zielvorstellung gibt es gar nicht, weil man gar nicht darauf aus ist, das Bestehende zu verändern. Weiß Gott, hübsche Reformen! Die Senatssitzung am 6. 1., die diese lungsweise des "Berichtes", daß er praktische Konsequenzen.

Wer nichts anzubieten hat, immer- Reförmchen nach achtstündigen unter der Überschrift "Öffentlich-Wehen gebar (in der Tat eine schwere Geburt für derartige Leichtgewichte), entwickelte sich mitunter zur Farce. Als die Studentenvertreter wissen wollten, an welche endgültige Zahl von studentischen Vertretern im Senat denn die Senatoren denken würden, stellte sich heraus, daß viele nur eins dachten: Keine Drittelparität! Da saßen sie in der Klemme: Einerseits wollten sie es nicht zugeben, andererseits wollten sie sich nicht festlegen.

Aber schließlich fand man einen Ausweg. Nach etwa dreistündiger Diskussion beschloß man mit Mehrheit, nicht länger unter Streikdrohung zu diskutieren. Und auf die Frage der Studentenvertreter, auf welches Entgegenkommen man hoffen dürfte, wenn die Studentenschaft die Streikdrohung zurückziehe, wurde erwiedert, dann könne man ja wieder miteinander diskutieren. Mit dieser konsequenten Logik werden im Senat Reformen behandelt! Auf diese Weise entwischt man durch eine Hintertür, wenn man Stellung beziehen soll Und was ist durch die Erhöhung der Zahl der studentischen Vertreter erreicht? Daß man zu viert in der Minderheit ist! Daß nicht mehr zwei, sondern vier überstimmt werden! Und was wurde damit reformiert? Nichts!

Es entspricht der übrigen Darstel-

keit von Sitzungen" die Beschlüsse des Senats abdruckt, die die Öffentlichkeit von Sitzungen nicht be-schließen. In der Hoffnung, daß niemand den Bären merkt, der ihm da aufgebunden wird. Nach einem nett formulierten Leersatz ("Der Senat wünscht die höchstmögliche Transparenz aller Handlungen der Ruhr-Universität Bochum"), glaubt der Senat meinen zu müssen, daß "möglichst weitgehende Offentlichkeit" einer "solchen Transparenz dienen" würde. Dann aber wurde ihm Angst vor der eigenen Courage. Zwar beauftragte er die Senatskommission für Verfassungsfragen noch damit, einen entsprechenden Antrag auszuarbeiten, lehnte aber zugleich ab, ihr einen bestimmten Termin zu setzen. Das steht nicht im "Bericht", denn würde er auch noch die abgelehnten Sätze 4 und 5 des ursprünglich eingebrachten Antrags ebenfalls wiedergeben, würde schnell deutlich, wie ernst es der Senat mit der Transparenz meint. Ebenfalls abgelehnt wurde Satz 6 des ursprüng-lichen Antrages, mit dem der Senat eine praktische Konsequenz aus seinen Wünschen hätte ziehen können, nämlich eine Übergangsregelung, nach der bereits jetzt bei "Punkten von hinlänglicher uni-versitätspolitischer Relevanz" auf Antrag von 1/5 der Senatoren öffentlich getagt würde. Aber dem Senat sind nette Sprüche lieber als

Dafür hat er zum Schluß noch etwas beschlossen, was außerordentlich öffentlich ist: eine Informationsstunde und Fragestunde vor jeder Senatssitzung. Die Studenten darüber zu informieren, was anschlie-ßend über sie verfügt wird, ist in der Tat ein nicht zu überbietender Zynismus. Als ob sich etwas ändert, wenn man etwas zwei Stunden vorher oder nachher erfährt. Und wer die Praktiken des Senats kennt, darf sich schon freuen auf diese Stunden, die enden werden wie Pressekonferenzen der Bundes-regierung: mit einem Silberlächeln und einem bißchen Blabla.

Und schließlich: Abschaffung des Negativkatalogs! Dem Senat war so peinlich, daß er bisher überhaupt einen hatte, daß er ihn ohne Diskussion abschaffte. Das war die schnellste Reform, zu der sich der Senat aufgeschwungen hat. Und nun ein kurzer Eindruck von dem, was Studenten bisher verschlossen war: die Behandlung einer Berufungsliste. Können Sie, Herr Kollege, sagen, wieviel Veröffent-lichungen von X. vorliegen?" "Nur vier, aber Sie müssen bedenken, daß X. sehr stark in der Lehre tätig war." Das ist alles. Nur durfte man es früher nicht wissen.

Summa summarum: Was hier als Reform verkauft wird, ist eine Frechheit. Mehr nicht. Wie ist das also mit Reformen? Wird fortge-

Zwangskörperschaft In zwei Briefen, auszugsweise § 3 ihrer vorläufigen Satzung abgedruckt im "Bericht" auf Seite 6f., hat der Rektor zum schaft der Studentenschaft Stellung bezogen. Seine Grün-

Problem der Zwangskörperde, im wesentlichen in dem Brief an die Westdeutsche tik unterzogen werden.

Rektorenkonferenz aufgeführt, sollen im folgenden einer Kri-Vorweg jedoch einige allge-meinere Bemerkungen zum politischen Hintergrund dieser Briefe. Es wäre ein prinzipielles Mißverständnis, die Auffassung des Rektors resultiere allein aus einer bestimmten Sach- und Rechtslage. Das Motiv des Rektors, so forciert von einem Semester zum anderen die Auflösung der Zwangskör-perschaft zu betreiben, dürfte wesentlich auf den verschärften Konflikt an der Universität zurückzuführen sein. Seit die Studenten nicht mehr bereit sind, die Hinauszögerung der Reformen für eine demokratische Universität länger hinzunehmen, blieben offensichtlich nur zwei Möglichkeiten: entweder diese Reform nun endlich durchzuführen, was weder dem Interesse des Rektors noch dem der Mehrheit der Professoren entspricht, oder aber die studentische Interessenvertretung, die diese Reformwünsche intensivaten und nachdrücklichsten vertreten konnte, abzuschaffen. Die dritte mögliche Alternative, mit sinnvollen und schwerwiegenden Einder Studenten abzulehnen, ver-

wänden die Reformvorschläge bot sich von selbst: aus Mangel an Argumenten. Offensichtlich die Hoffnung des Rektors folgende: durch Auflösung der Zwangskörperschaft die Studentenschaft zu zersplittern, eine verbindliche demokratische Willensbildung zu verhindern, um in Zukunft, je nach der Situation, eine Meinung gegen die andere auszuspielen. Zugleich soll die Abhängigkeit einer studentischen Vertretung erhöht werden: die Finanzierung der studentischen Vertretung aus dem Universitäts-haushalt ist nicht dadurch abgesichert, daß nicht unliebsamen Vertretern die Mittel gekürzt werden. Eine solche Absicherung, institutionell durch eine paritätische Mitbestimmung zu lösen, wird gerade abgelehnt (vgl. "Bericht" S. 3). Das zeigt sich auch in dem Angebot an die Fachschaften, die ihre Stellen offensichtlich bekommen sollen, um auf Paritätsforderungen zu verzichten. tont werden: der Zwangszusammenschluß der Studenten zu einer Studentenschaft resultiert nicht aus den Sozialbeiträgen, sondern aus der Notwendigkeit einer studentischen Interessenvertretung. Die Sozialbeiträge sind nur die Folge dieser Notwendigkeit. Aber gediese Interessenvertre-

In dem Brief an die Westdeutsche Rektorenkonferenz sind die Gründe des Rektors unter den Punkten 1-4 aufgeführt. Sie werden entsprechend ihrer Reihenfolge analysiert.

tung ist dem Rektor.ein Dorn

im Auge der undemokratischen

Hochschule.

1. Der Rektor geht davon aus, daß die Studenten "wegen der fehlenden Mitgliedschaft in der Körperschaft Univer-sität" gezwungen waren, die "soziale Solidaritätsfunktion" über eine "selbständige Körperschaft" herzustellen. Das ist jedoch nicht richtig, und trifft auch nicht auf die Ruhr-Universität zu. Laut Argumentation ist.

heißt es: "Die Universität als Körperschaft wird gebildet von... 3. den ordentlichen Studierenden." Die soziale Solidaritätsfunktion ist auch nicht dadurch herzustellen, daß die Studenten Mitglieder der Universität sind. Viel-mehr muß hier von der Anzahl der Studenten an einer Universität ausgegangen werden, die einen Zusamausgegangen menschluß der Studenten notwendig macht, um die aus der sozialen Solidarität sich ergebenden praktischen Hilfen für den einzelnen Studenten verbindlich und de-

mokratisch regeln zu können. 2. Die Folgerung aus der falschen Prämisse entfällt. Offensichtlich erwies es sich doch als notwendig an der Körperschaft Ruhr-Universität, über eine selbständige Organisation der Studenten ihre sozialen Belange und

Interessen zu vertreten. 3. Der Rektor irrt, wenn er be-hauptet, daß die Aufgabe der Krankenversicherung "die einzig verbleibende wichtige Aufgabe" im Rahmen der sozialen Selbsthilfe der Stu-denten ist. Das Studentenwerk, das an der Ruhr-Universität diese Aufgaben wahrnimmt, leistet darüber hinaus: eine studentische Unfallversicherung; eine finanzielle Unterstützung von Studierenden durch einen Hilfsfond; Einrichtung, Erweiterung und Verwaltung einer Kindertagesstätte; Bau eines Studentenwohnheims; Universitätsverlag für den verbilligten Druck von Dissertationen, Skripten und Vorlesungsunterlagen; Aufbau einer Studentenarztstation; Verwaltung von Appartementswohnhäusern für verheiratete Studierende; Zim-mer- und Wohnungsvermittlung; Mitfahrerzentrale. Die zusätzliche Sozialberatungsstelle des AStA hilft bei Stipendien, Wohngeld und der-gleichen Sozialhilfen, die durch den Dschungel der Bürokratie erkämpft werden

4. Damit entfällt ein Teil der folgenden Argumentation. Der Rektor irrt aber auch, wenn er behauptet, daß ansonsten nur die Teilnahme an der akademischen Selbstverwaltung Aufgabe der Studentenschaft ist. In der Satzung der Studentenschaft, durch Urabstimmung angenommen, findet sich folgender Aufgabenkatalog: "Die Studentenschaft nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr: Vertretung der Interessen der Studierenden in allen Fragen des Studiums; wirtschaftliche und soziale Selbsthilfe und Förderung der Studierenden; Förderung der politischen und kulturellen Bildung der Studierenden; Förderung der studentischen Gemeinschaft auf örtlicher. überregionaler und internationaler Ebene; Förderung des Studenten-

sports." Die unzulängliche Argumentation wird durch eine falsche Behauptung in dem Brief an den Kultusminister ergänzt (vgl. dazu den Brief des AStA an den Kultusminister). Die unzulängliche Begründung zeigt aber einmal mehr, daß gerade nicht die Sach- und Rechtslage, sondern vielmehr die hochschulpolitische Arbeit der Studentenschaft der eigentliche Grund für die rektorale



Eindrücke vom Prager Nachfrühling

CSSR-Fahrten im Eigenprogramm des Studentenreisedienstes Bochum/Münster

schaften sehen Sie Einschüsse von den Kugeln der Sowjetarmee", be-ginnt unser Führer vom "Prager Stadtbüro" seine Erläuterungen. "Daneben, die Blumen und Kränze am Denkmal des Heiligen Wenzel, sind Ausdruck unseres stillen Pro-tests gegen die russische Okkupa-

Jugendliche ordnen Kranzgebinde. Einer hat mit Buntstiften die amerikanische und die tschechische Flagge auf ein Blatt Papier gemalt. "From the students of the USA" schreibt er darunter und "our hearts are with you." Er legt den Zettel zu'den übrigen Widmungs-

Dominierend ist die amerikanische Flagge, Verkörperung eines geheimen Wunsches der verständlicherweise konsumhungrigen Tschechen: Eine Junglehrerin verdient nur 250 Universitätsprofessor Mark, ein nicht mehr als 1000 Mark. Industriearbeiter stehen sich relativ besser. Sie, nicht die Intellektuellen, waren das Fundament des neuen Staates. Ihre Gewerkschaften organisierten einst den Widerstand gegen Hitler: Heute messen sie sich "ihren" Anteil am Sozialprodukt zu. Die Intellektuellen fühlen sich be-

"Die Studenten der Bundesrepu-blik" geschrieben, "Die Studenten" aus Frankreich, England und Hol-land taten ein Gleiches.

nierte Grundnahrungsmittel sind tionsbewußten Bürgertum zwar billig, Güter des gehobenen Bedarfs dagegen für sie kaum er-schwinglich. 4000 Akademiker solschwinglich. 4000 Akademiker sollen nach dem 21. August in den goldenen Westen gegangen sein. Die Arbeiter blieben im Lande.

Der Stalinismus Novotnys vermochte die materiell unterdrückte Intelligenz kaum vom Sozialismus zu überzeugen. Im Anfang hatte Außenminister Masaryk die Hoff-nung "weit weg von Moskau" verkörpert, im vergangenen Jahr waren es Dubcek und Ota Sik, der jetzt in der Schweiz lebende Wirtschaftsreformer, der mit Hilfe eines fortschrittlichen Kapitalismus die Wirtschaft sanieren wollte.

Heute wird Smrkovsky als anti-sowjetischer Politiker verehrt. Über Neujahr war sein Porträt am Wenzelsdenkmal angebracht. Unweizeischking angebratet. Onterschrift: "Wir Slowaken sind für Smrkovsky." Die Kühnheit dieser Aussage focht einen jungen Mann, der sich die Pflege der Protestecke zur Aufgabe gemacht hatte, nicht an. "Natürlich, alle sind für uns und Smrkovsky", meinte er.

Ob es ihn nicht störe, daß in der Bundesrepublik CDU-Mitglieder Unterschriften für Dubcek gesammelt hätten? "Nein, wieso? Die Franzosen, die Amerikaner, die Engländer, die Westdeutschen, alle sind doch für uns. Sie sagen uns das auch, wenn sie hierher nach Prag kommen."

Viele Häuserwände tragen dürftig übermalte Parolen: "Wir haben Hitler überlebt, wir überleben auch Breschnew". "Dubcek", "Svoboda" sind erlaubt, ihre Fotos hängen in den Schaufenstern Unterschrift. den Schaufenstern. Unterschrift: "Freiheit, Souveränität."

Daß Dubcek dazu aufgerufen hat, im nationalen Emanzipationsstreben nicht auf der Stufe des Chauvinismus stehenzubleiben, ist in der CSSR weniger populär. Vergröbert bietet sich dem Besucher folgendes Bild: Die Tschechen mögen die Slowaken nicht und vice versa, die Slowaken unterdücken die Ungarn, Ukrainer und Deutschen in ihrem Land, und alle hassen die Russen. Eine latente AbTschechen seit jeher lebendig. Darauf angesprochen bekennt unsere Reiseleiterin: "Ja, wir haben die Russen immer gehaßt, im geheimen, aber nach dem 21. August hassen wir sie offen."

Ständig wird auf die Christlichkeit böhmischer Kultur verwiesen. Manchen Prager erbittert es, daß trotz immer noch gut besuchter Kirchen hier durch die Machtübernahme der Kommunisten Einiges in den Bereich des Musealen verwiesen wurde. Vor dem prächtigen Bischofspalast auf der Prager Burg, von dem aus früher die Erz-bischöfe über ihr Volk herrschten, entrüstet sich unser Führer, daß "infolge der sozialistischen Abnormitäten" der Oberhirte hier nicht mehr residieren könne und das ob-wohl der Papst ihn demonstrativ zum Kardinal ernannt habe.

Die Technische Universität, außerhalb der Altstadt gelegen, erinnert an die Berliner TU vom letzten Februar. Äußerlich. Aber nicht von Vietnam und Revolution künden die riesigen Papierbuchstaben, mit denen die Fenster überklebt sind, sondern von der antisowjetischen Hoffnung Smrkovsky. Vietnam ist weit. Niemand bleibt vor dem Kulturhaus der Demokratischen Republik Vietnam stehen, um ausge-stellte Reste abgeschossener amerikanischer Flugzeuge zu betrachten. Ein Angestellter steht in der Tür. Er hat keine Besucher.

In Cafés, Spezialitätenrestaurants und Antiquitätenläden trifft man vorwiegend Landsleute. Tausende haben ihren Weihnachtsurlaub in Prag verbracht. Ich erfahre, daß viele ihre Kronen nicht erst auf dem grauen Markt in Prag erworben haben, sondern bei westdeutschen Banken zu Kursen von 1:11 bis 1:17. (Amtlicher Touristenkurs: 1:4). Der bundesrepublikanische Beitrag zur Zerrüttung des tschechischen Haushalts gestattet in Prag ein flottes Leben.

Im Rahmen seines Eigenprogramms führt der Studenten-Reisedienst Bochum/Münster Wochenfahrten nach Prag durch. Mit Ausflügen nach Karlstein und Karlsbad sind Sie für 192 Mark (alles inclusive)

karten und beschwert ihn mit Blu-men. "Wir sind mit Euch" haben nachteiligt. Mieten und subventio-

Das Wenzeldenkmal, ehemals Ausdruck des Protests gegen die Habsburger Unterdrückung, hat heute als Symbol tschechischer Eigenständigkeit neue Aktualität.

Notstand oder Das Straßentheater kommt

Uraufführung der Revue von Max von der Grün in Recklinghausen

kerung die moderne gegenwärtige Bühne zu schaffen, das ist ein prinzipielles Problem, wichtiger als das meiste, was hetue als "Theaterfrage" beredet wird."

Die Forderung, die Herbert Jhe-rings Formulierung von 1926 aufstellt, gibt heute noch (bzw. wieder) die verantwortliche Perspektive an für die Beurteilung der Arbeit des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel unter seinem neuen Intendanten Hans Dieter Schwarze. Dieser Forderung nach den gegenwärtigen Bedingungen und gegenüber den gegenwärtigen Zuständen nachzukommen, darin sieht das WLT ausdrücklich seine Chance, daraus sucht es selbst, seine Existenznotwendigkeit neu zu beweisen, daraus resultiert auch seine Zusammenarbeit mit der Dortmunder Gruppe 61.

Nach Wallraffs "Nachspielen" ist Max von der Grüns "Revue" "Not-stand oder das Straßentheater kommt", die zweite Inszenierung seit Beginn dieser Spielzeit, mit der dieses Theater versucht, spezielle Probleme und Ereignisse an ein ganz bestimmtes Publikum, das von diesen betroffene, heranzutragen. Darum will der Mißerfolg der Ur-

aufführung im Ruhrfestspielhaus vor einem überregionalen Premie-

Studenten kaufen

Tabak · Zeitungen Spirituosen und Lebensmittel Sonderangebot Frühstücksfleisch 340 g 1,30 DM

Jrinkhalle Kotthoff (an der Mensa)

Olympia

Sonderangebote, Miete, Mietkauf WYWIAS- Bochum - Südring 19

> Das Druckhaus anspruchsvolle Kunden



Druckhaus Schürmann & Klagges

Hans-Böckler-Straße 12-16 Ruf 160 81 - 83

des WLT liefern. In gewissem Ausmaß ist er sogar zwangsläufige Folge einer solchen Spezialisierung auf eine konkret lokalisierbare Umwelt und eine verbindliche Publikumswirkung.

Das Stück von der Grüns und dessen Inszenierung durch Schwarze sind nicht für sich zu sehen, son-dern einzugliedern'in die Versuchs-kette, die das WLT mit den "Nachspielen" begann und mit Dorst und einer neuen Szenenfolge von Wall-raff fortsetzen will. Der Erfolg und die Qualität dieses Theaters wird wesentlich von Ausmaß und Intensität abhängen, mit denen Intendant und Ensemble die von ihnen angewandten szenischen Mittel im Hinblick auf ihre Wirksamkeit kontrollieren und auf solche Wirkungsziele hin aussuchen und weiterentwickeln, die zwar mit theatrali-schen Mitteln verfolgt werden, selbst aber außertheatralische, nämlich gesellschaftlich-politische sind.

In Max von der Grüns "Revue" ver-mischen sich Kabarett, Volksstück, Heimatschwank, Musical und das, was der Autor unter Straßentheater versteht. Thema ist die politische Stumpfheit der Arbeiter, die Arro-ganz und Isolation der politisieren-den Studenten und die Schwierig-sellschaftliche Veränderung zu vereinen. Zwei Handlungen sind übereinandergelagert:

Einmal wird erzählt, wie sich vier Repräsentativtypen (Arbeiter, Ge-Tippse, Häuseraufmüsehändler, käufer) verhalten, während ein Straßentheater auftaucht und sein langes Programm spielt. Dem Gemüsehändler wird die Existenzgrundlage, sein Gemüsewagen, vom Straßentheater konfisziert. Er verwandelt sich in einen Clown und kommentiert fortan das Geschehen.

Die Tippse mit Drang nach oben kollaboriert mit dem Häuseraufkäufer und wird am Ende ebenso beschissen wie der Arbeiter, der aus dem Programm des Straßentheaters nichts gelernt hat und Unterschrift und Wohnung gegen leere Versprechungen eintauscht. Der Häuserverkäufer bekommt die Tippse ins Bett und die Eckhäuser, auf die er vor allem scharf war.

Zum andern führen die Studenten davor und dazwischen in ihrem "Straßentheater" das Stück "Das Jubiläum" auf. Darin wird gezeigt. wie sich der Arbeiter Pankauke und seine Kollegen gegenüber dem Generationenproblem, den demon-strierenden Studenten, Pankaukes Betriebsjubiläum mit nachfolgender Entlassung, dem Häuserspekulan-

Das ist viel Handlung für knapp zwei Stunden. Wenn man bedenkt, daß sich verschiedene Spielebenen überlagern und daß die Musikeinlagen fast die Hälfte der Zeit beanspruchen - sicher zuviel. Hinzu kommt, daß das Geschehen zum Zuschauer hin von zwei Clowns kommentiert wird ("Was

heißt Wanne-Eickel auf Lateinisch? ... Castrop-Rauxel!"). Also Theater auf dem Theater auf dem Theater. Und in dieser Wirrnis geht die "bewußtseinsfördernde" Argumentation, die Regisseur und Autor im Ansatz verfolgen, vorläufig baden. Max von der Grün präsentiert viele Stimmungen nur in Andeutungen, die Vorinformation eigentlichen Publikums, an das er sich richtet. in Rechnung setzt. So bleiben für den, der selbst nicht Träger oder Betroffener der Gesangsvereinskultur, der speziellen Freizeitgestaltung des Reviers, der Machenschaften der Grundstücksübereignungen ist, die Pointen, auch mancher Musikarrangements, aus, wird die Turbulenz der Szene zum Leerlauf. Doch auch für Betroffene können die Geschehnisse, so wie sie der Autor aussparend präsentiert, kombiniert und kommentiert nur schlichte Wiedererkennungspointen zustande bringen.

"Im Industriebezirk dem Arbeiter renpublikum für sich noch keinen das Zeittheater zu geben, das ihn Beweis für das Mißlingen von der Grüns Dramablaus vergißt, daß in ihrem Text Bundeswehr verhalten.

Hier ist wohl das entscheidende gen hebt, man aber über dem Applace in von der Grüns Dramablaus vergißt, daß in ihrem Text turgie zu suchen. Das Aha-Erlebnis brechtisierend das Verhalten der als Wirkungsprinzip, die kabarettistische Hastigkeit, sich der Wirkung sofort zu versichern, bergen als Entwicklungsmöglichkeit höchstens eine Addition isolierter Schocks Momente der Betroffenheit durch Verstärkung der Pointierung, nicht aber, wie der Regisseur glaubt, "Bewußtmachen", weil keine geschlossene, auf das Verhalten in der Wirklichkeit zielende Argumentation als Entdeckungsaufgabe für den Zuschauer mit hineingelegt wurde, weil damit Auswahl und Gestaltung der Szenensplitter nicht von einem dynamischen Flucht-

punkt aus reguliert werden. Vorkommnisse, Verhaltensweisen, Die Inszenierung Schwarzes, mit er in ein Festspielhaus, wenn er der sich von der Grün identisch erklärte, an der er ja auch teilhatte, verstärkt diesen Verdacht, wo sie in ihren Mitteln, weil ihr die Kraft zu schlüssiger Argumentation fehlt oder von der Vorlage her nicht möglich ist, die Flucht nach vorn antritt und auf Direktwirkung durch Klamauk oder Emotionalisierung spekuliert. So wenn der blutig gehauene Student sich eine Zigarette ansteckt und seine Kumpels: schreckerheischend und blöd ins Publikum blicken; wenn der weibliche Gesangstar des Ensembles, unterstützt von Arrangement und Chor, eine Nummer hin-schmettert, daß sich einem der Ma-laufen.

Tippse kritisiert wird.

Hans Dieter Schwarze macht es sich

nicht nur mit der Inszenierung zu leicht. Seine "Offenen Proben" zu dieser Uraufführung täuschten Offenheit nur vor. Sie dienten einer public-relationen-Funktion, waren dem Theater-Voraustest. Wenn der Zuschauer wirklich vorher mitarbeiten darf und soll, warum geniert sich dann Schwarze in der Diskussion nach der Premiere so, über die Qualitäten der Inszenierung zu sprechen, als wäre sie nun wieder Einzelwerk des Künstlers und der postulierten Demokratisierung der Herstellung entzogen. Warum geht der Kritik an der Aufführung mit dem Hinweis auf die beschränkten Mittel einer Wanderschmiere für Arbeiter zu entgehen versucht. Schwarze, und das stimmt bedenk-lich über den Erfolg dieses Theaters über die reine Publizität hinaus, Schwarze glaubt, sich auf dem Wege des Bekenntnisses die Progressivität sichern zu können, um dann kritische Fragen pauschal beantworten zu dürsen oder sich hinter stereotypischen Formulierungen zu verschanzen, die die arglose Idylle vom armen, kleinen Wandertheater im riesengroßen Kohlenpott beschwören. Das würde sich bald tot-



neue studien reihe



Herausgegeben von Hans Bürki Günter Ewald und Hans-Bernhard Kaufmann

Heft 1 Günter Ewald Wirklichkeit, Wissenschaft, Glaube

Die Frage der Wirklichkeit in exakter Wissenschaft und im christlichen Glauben, 2. Auflage, 31 Seiten, kart., DM 2.20

Heft 2 Rudolf Frey Die Ordnung des Lebendigen

Abstammungslehre und Schöpferglaube 39 Seiten, kart., DM 2,20

Heft 3 Friso Meizer

Der Guru als Seelenführer Abendländische Begegnung mit östlicher Geistigkeit 47 Seiten, kart., DM 2,50

Heft 4 E. A. Judge Christliche Gruppen in nichtchristlicher Gesellschaft

Die Sozialstruktur christlicher Gruppen im ersten Jahrhundert 80 Seiten, kart., DM 3,50

Heft 5 J. I. Packer Prädestination und Verantwortung

Gott und Mensch in der Verkündigung 90 Seiten, kart., DM 3,80

Heft 6 Hans-Bernhard Kaufmann Der Mensch im Bann des Vorurteils

anthropologisch-theologische Untersuchung 64 Selten, kart., DM 3,80

Heft 7 - Hans Penner Arzneimittel und Daseinsbewältigung Die Psychopharmaka und das heutige Menschenbild

32 Seiten, kart., DM 2,40 Heft 8 Günter Ewald Naturgesetz und Schöpfung

Naturwissenschaft und Theologie

44 Seiten, kart., DM 2,80

Heft 9 Klaus Lefringhausen Christlicher Glaube und industrielle Wirklichkeit Exemplarische Auslese von Entscheidungshilfen

Heft 10 - Hans Bürki Zwischen Glaube und Skepsis

78 Seiten, kart., DM 5,80

biographisch-gelstesgeschicht-liche Studie 108 Selten, kart., DM 5.80

Heft 11 Hans-Werner Bartsch Urgemeinde und Israel

Die Geschichte der ersten christ-lichen Zeugen auf dem Hintergrund der alttestamentlichen Hoffnung. 92 Seiten, kart., DM 5,80

Heft 12 Siegfried Buchholz Nachahmung des Menschen Geschöpflichkeit und Kybernetik

96 Seiten, kart., DM 6,80



THEOL. VERLAG ROLF BROCKHAUS WUPPERTAL

WESTFALENBANK IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel.: 511315



Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25



des bewährten Systems Müller-Welt



Einladung zum Probieren Sie den zungenmilden in Preifentabak! 6 Pröbenen kostenlosen Proherauchen! EXCLUSIV-TOBACCO

gratis. Diesen Gutschein senden an:

83 Landshut, Postfach 568 a





SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Spielplan für die Zeit vom 16. Januar his 2. Februar 1969 Hans Schalla ANDERUNGEN VORBEHALTENI SCHAUSPIELHAUS KAMMERSPIELE WIR BOMBARDIEREN 20.00 4. KAMMERKONZERT Do. 16. 1. REGENSBURG / von Heller WIR BOMBARDIEREN Fr. 17. 1. REGENSBURG / von Heller DIE NASHORNER Sa. 18. 1. 20.00 DER EINGEBILDET KRANKE DIE NASHORNER So. 19. 1. DIE NACHT DES LEGUAN Mo. 20. 1. 20.00 MUSICA-VIVA-KONZERT DIE VIER GROBIANE Di. 21. 1. 20.00 DER EINGEBILDET KRANKE 20.00 DIE NASHORNER Mi. 22. 1. 20.00 DIE NASHORNER Do. 23. 1. von Ionesco; g. V. 20.00 DIE NACHT DES LEGUAN Fr. 24. 1. 20.00 LUCIA DI LAMMERMOOR Sa. 25. 1. 16.30 DIE NACHT DES LEGUAN So. 26. 1. 20.00 DIE NACHT DES LEGUAN 20.00 DER EINGEBILDET KRANKE von T. Williams GASPARONE von Millöcker (G) Mo. 27, 1. 20.00 DER EINGEBILDET KRANKE Wiederholung
20.00 DIE DAME VOM MAXIM Sa. 1. 2. 20.00 PROZESS IN NURNBERG von R. Schneider: Premiere Erstaufführung für die Bundesrepublik 20.00 LUCIA DI LAMMERMOOR So. 2.2. von Donizetti (G)

Keine Mitsprache bei Schulnoten

g.V. = geschlossene Vorstellung (G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Vorstellungen der Kultusminister" betrachtet, wird vom Arbeitskreis Bremer Schülerringe nur als das "gegenwärtig maximal Erreichbare" angesehen. In jedem Fall geht es um die "Richtlinien für die Mitverantwortung der Schüler", die der Senator für Bildungswesen, Moritz Thape, dieser Tage an Schulen, Elternbeiräte und Schülervertretungen verschickt hat.

Was die Bremer Schulbehörde als Nach den "Richtlinien" sollen die "erhebliche Weiterentwicklung der Bremer Schülervertreter künftig an Lehrerkonferenzen teilnehmen, und an der Planung und Gestaltung des Unterrichts mitwirken. Zensuren und Versetzungen bleiben weiter-hin für die Schüler tabu. Dem-gegenüber bleibt der Schülerring bei seiner Forderung, auch an den Zensurenkonferenzen teilzunehmen. Die Schüler rechnen mit erheblichen Auseinandersetzungen, bevor die "Richtlinien" in Kraft treten

"Kein Platz für Linke in der Kirche Christi"

Präses Wilm verurteilt "Irrlehren" Bochumer Theologen

Theologie von Studenten, Professoren und Assistenten heftig diskutiert: Insbesondere die in dem Papier aufgestellte Behauptung, Theologieprofessoren stünden in einem informellen, aber starken Abhängigkeitsverhältnis zur Kir-chenleitung, löste die einhellige Entrüstung von Assistenten und Professoren aus: dies sei eine unbewiesene Unterstellung.

Inzwischen haben sich die Kirchenleitungen in Bielefeld und Düsseldorf auf einen "Kreis Bochumer Theologen" eingeschossen und benutzen alle Mittel, um die Freiheit von Forschung und Lehre zu einer blanken Phrase zu machen.

In einem Gespräch mit den Ruhr-Nachrichten beklagte sich kürzlich der Anfang des Jahres zurückgetretene Präses der Evangelischen Landeskirche in Westfalen, D. Ernst Wilm, über "das Wachsen von Irrlehren in der evangelischen Kirche". Vor allem Bochumer Theologen verträten die Ansicht: "die Predigt des Wortes Gottes sei nicht mehr interessant, und die Bibelauslegung sei bloß eine Beschäftigung mit einem alten Buch sowie leeren Vokabeln. Der Kreis behauptete, es komme auf die soziologischen Aspekte unserer Zeit, auf gesellschaftskritische Analyse, auf reine Mitmenschlichkeit und Humanität

Wilm bedauert es heute, Vertre-tern der "neuen Theologie" die Zustimmung zur Tätigkeit an Universitäten und in der Kirche gegeben zu haben. Namen nannte er nicht. Das besorgte Professor Grässer, der in einer Fachzeitschrift den Inquisitionsbericht über seinen Kollegen Hans-Eckehard Bahr veröffent-lichte: Bahr sei kein Theologe mehr, er betreibe die "Degradation des Wortes Gottes". Diesen Artikel hat nun die Bielefelder Kirchenleitung in 1000 Sonderdrucken bestellt, um ihn an die Pfarrer zu

Ein Ordinarius kann von einer Kirchenleitung nicht mehr aus seiner Stellung verdrängt werden. suchte.

Buweh angezeigt

Der Bundesvorstand der HSU hat

gegen die Bundeswehrführung An-

zeige wegen Verfassungsverrats im

Amt gestellt. Damit will er der seit

Wochen laufenden Kampagne gegen Kriegsdienstverweigerer ent-

gegentreten. Die Anzeige richtet sich vor allem gegen Forderungen

des Bundeswehrführungsstabs, nach denen dienende Soldaten nicht länger das Grundrecht auf Kriegs-

dienstverweigerung ausüben dürf-

Vor etwa einem Jahr wurde ein Wenn sie — wie im Fall Bahr — Papier der Fachschaft Evangelische der Sachdiskussion mit ihm nicht gewachsen ist, bleiben ihr nur noch die Mittel der persönlichen Diffa-mierung und der Manipulation durch kirchliche Kommunikations-

> Gegenüber kirchlichen Bediensteten hingegen lassen sich effektivere Mittel anwenden. Rolf Trommershäuser, bis Ende Dezember des vorigen Jahres wissenschaftliche Hilfskraft an der Ruhr-Universität, hatte sich bei der rheinischen Kirche beworben, um als Vikar in den kirchlichen Dienst eingestellt zu werden. Am 12. 11. 68 wurde ihm schriftlich mitgeteilt, er könne im Januar 1969 sein Amt antreten. Am 14. 12. 68 erhielt er eine Einladung zu einem persönlichen Gespräch im Landeskirchenamt: es seien noch "einige Fragen zu klären". Eine Klärung erfolgte tatsächlich: man teilte ihm bei diesem Gespräch mit, er könne nicht als Vikar eingestellt werden. Für ihn sei in der Kirche Christi kein Platz.

> Das deckt sich nahtlos mit der Äußerung Wilms gegenüber der Presse, er sehe keine Möglichkeit, den Vertretern der "neuen Theo-logie" zukünftig einen Platz als Amtsträger in Kirche und Universität zuzubilligen.

> Nach dem Pfarrer-Ausbildungsgesetz kann ein Vikar entlassen werden, wenn er dem "pfarramtlichen Dienst nicht gerecht wird". Der Betroffene hat Anspruch auf eine schriftliche Begründung.

Im Falle Trommershäuser geschah dies durch den Satz, das Kollegium des Landeskirchenamtes sei "zu dem einmütigen Beschluß gekommen, daß Ihnen aufgrund Ihrer Veröffentlichungen ein Auftrag zur Wortverkündigung nicht zuerkannt werden kann". Lediglich in einem persönlichen Gespräch mit zwei Oberkirchenräten war die entsprechende Veröffentlichung näher zitiert worden. Es handelte sich um einen Aufsatz in den ESG-Nachrichten, der die Rolle der Kirche im Spätkapitalismus zu analysieren

Der AStA soll zahlen

15 000 DM Mindestkosten errechnete der "Bericht" des Rektors für die Ausbesserung von Schäden, die durch studentsiche Aktionen in der Abteilung VIII entstanden sein sollen. (Beschädigung des Fußbodens durch ausgetretene Zigaretten und Wandbeschädigungen durch angemalte Parolen). Als Adressat für die Forderungen wird die Studentenschaft genannt, weil sie die Aktionen gebilligt habe und AStA-Mitglieder sich beteiligt hätten.

Kirche selbst beunruhigenden Phänomens: der zunehmenden Radikalisierung von Theologiestudenten und Pfarrern. Diese Erscheinung wurde auf die inneren Wider-sprüche des kirchlichen Apparates zurückgeführt, der den gesellschaftlichen Auftrag hat, mit irrationalen Formeln Sozialtherapie zu leisten. wo rationale Aufklärung und gesellschaftliche Veränderung notwendig wären.

In dem Aufsatz heißt es zum Beispiel: "Kirchliche Trauung und Taufe haben die Funktion, der Familie als wichtiger Organisation menschlicher Sozialisation eine theoretische Begründung zu geben. Dies ist aber nur durch ideologische Verschleierung der aufweisbaren Not der Familie möglich. Unsere Gesellschaft, die sexuelle Entfaltung ebenso wie die Emanzipation der Frau verweigert, die den Ehen zumutet, den Leistungsdruck des bürokratischen Arbeitsprozesses abzufangen und dadurch die Familie permanent bedroht, macht die kirchliche Traupraxis zum litur-gischen Zynismus. Gerade der Theologe, der mit besten Absichten sein Studium betreibt oder Pfarrer

Der Aufsatz bemühte sich vor ist, muß das objektive Scheitern allem um die Erklärung eines die der irrationalen Sozialtherapie, die der Kapitalismus von der Kirche verlangt, erkennen und zum dropout der traditionellen Theologie bzw. zum Sozialisten werden."

Wilm weiß darauf nur eine Antwort: "Zu dieser Lehre müssen wir nein und abermals nein sagen!" Er beschwört die moderne Theologie als "Unglauben und Unkirche", weil sie sich weigert, den Unterprivilegierten der kapitalistischen Gesellschaft Bibelsprüche, als Ersatz für notwendige Veränderungen zu verkaufen.

Theologiestudenten und Pfarrer werden von den Kirchenleitungen gewarnt, in Bochum zu studieren, und jene, die der "neuen Theologie" anhängen, werden beschworen, "diesen Lehren abzusagen".

Allerdings meint Ex-Präses Wilm: "Wir können diese Brüder und Schwestern nicht einfach abschreiben. Denn irgendwo kommen sie von Christus nicht los - irgendwie meinen sie es mit der Nachfolge Christi ,mitten in dieser Welt', dem praktischen Liebesgebot also, ernst und suchen den Weg."

Bruder Trommershäuser wird sich getröstet fühlen.

ESG wählte neuen Pfarrer Große Mehrheit für Hartmut Dreier

Nachdem die Kandidaten sich in sowie die Querenburger Ortspfarvier teach-ins vorgestellt hatten, wurde am 18. 12. 1968 der zukünfti-Das endgültige Wahlergebnis lauge evangelische Studentenpfarrer tet: Abgegebene Stimmen: 45, davon gültig: 44, Enthaltungen 4, Bausch 2, Brinkmann 1, Dreier 32. Lackgewählt. Nach der in der zweiten Veranstaltung beschlossenen Wahl-ordnung stand das Wahlrecht allen Hartmut Dreier (30), der zuletzt als an einem Studentenpfarrer interes-sierten Universitätsangehörigen zu,

Referent für Ökumene und Ausländie drei Kandidaten kannten. So derstudium in der Geschäftsstelle beteiligten sich an der Wahl neben der ESGiBRD (Stuttgart) arbeitete, sieht wichtige Ansatzpunkte für seine Arbeit in Bochum in der Hochschulsituation und der Krise verschiedenen evangelischen Studentengruppen auch Professoren, Assistenten, katholische Studenten. im Ruhrgebiet. Weiterhin ergibt sich die Möglichkeit zur Analyse

der Entwicklungspolitik von Staat, Kirche und Industrie in der Dritten Hartmut Dreier in seinem Bewerbungsschreiben: "Für mich ist es keine Frage, ob es Studentenprotest, APO etc. geben soll, sondern für mich sind es Fragen, wie wir als Gemeinde — die grundsätzliche Parteinahme für Emanzipation, Humanität, Freiheit, Zukunftsorientiertheit in konkreten Situationen

Hartmut Dreier, der sich schon an verschiedenen Projekten der Bo-chumer ESG beteiligt hat, muß noch von der Kirchenleitung berufen werden. Obwohl die Kirchenleitung sich noch nicht geäußert hat und manche Gerüchte im Umlauf sind, darf angenommen werden, daß Herr Dreier in nächster Zeit in



BSZ-Leser antworten

Wenn Sie diese meine Zeilen lesen, so seien Sie versichert, daß ich ebenfalls wie Sie ein Student bin, der regen Anteil an der augenblicklichen kulturellen und sozialen Lage unserer Universität nimmt. Darüber hinaus bin ich mir im klaren, daß gewisse Mißstände beseitigt werden müssen, manche Dinge aber auch im Interesse aller Beteiligten erhalten bleiben sollen.

Sie haben die Möglichkeit, einen Einblick in interne Angelegenheiten der Uni zu geben. Außerdem haben Sie reichlich Kontakt zu an-deren Universitätsstätten, und Sie sind deshalb nicht uneingeschränkt an Informationen lokaler Stellen gebunden.

In der letzten Zeit sind, das kann objektiv gesagt werden, mancherlei Gegensätze zwischen Studentenschaft, Staat, Arbeiter und Bürger schlechthin, entstanden. Wenn wir auch auf staatlicher Ebene zu oft auf "taube Ohren" stießen, so bleibt uns dennoch der Weg offen, unser Anliegen der Öffentlichkeit darzulegen. Es versteht sich von selbst, daß man hier nur mit aktuellen Problemen arbeiten muß, die dann in auch für einen Laien verständli-

che Form abgefaßt werden. Mein Vorschlag wäre folgenderma-

1. Verbreitung der Zeitung zunächst in der Stadt Bochum.

Aufnahme studentischer und öffentlicher Kritik in Ihrer Zeitung. (Dadurch verliert sie etwas an ihrer zu einseitigen Richtung.)

Herausstellung aktueller Pro-

bleme. Ich bin davon überzeugt, daß wir Wege suchen müssen, Veränderungen im positiven Sinne herbeizuführen, und gerade eine Zeitung kann dazu beitragen, diese Wege zu finden.

Rolf Lange Dortmund-Aplerbeck

Betr.: Ratio Die Lektüre der BSZ Nr. 35, die bei weitem nicht die Qualität früherer Ausgaben hatte, war eine große Enttäuschung. Warum? So war einmal die Titelseite in jeder Hinsicht geschmacklos und teilweise albern. Die Beiträge auf den Innenseiten, die sich mit der studentischen Lage | doch einmal mit einer Sondervorle-

(!) an der Ruhr-Universität befas- sung über Praxis und Methodik des sen, predigen Kampf und Anarchie, Deutschunterrichtes zu beehren. so die Beiträge von Herrn Kasper. Mich wundert nur ein wenig, daß Ich finde es sehr bedenklich, daß es | Sie, der Sie die aufopferungsvolle nicht einen einzigen Artikel gab, Arbeit anderer — ich meine den der statt Revolution Evolution for- Abend — so selbstbewußt karikiederte und anstelle der Emotionen die Ratio in den Vordergrund stellte. Indem die BSZ die Lage nur von der einen Seite beleuchten läßt, macht sie sich selbst zum Vorspann radikaler Tendenzen und gibt den Anspruch auf, unabhängig zu sein und objektiv zu berichten. Otto Rottmann Dortmund-Marten

Betr.: Ruhe und Ordnung

Herr AStA-Boulboullé! Zuerst sollte man fragen, sind Sie

Franzose (Schangel) oder Deutscher? Im ersteren Falle sollten Sie sofort als Revolutionär an die Grenze geschickt werden und ausgewiesen werden oder inhaftiert werden wegen Störung von Ruhe und Ordnung.

Die Rektorengeduld muß man bewundern. Die wissen wohl noch nicht, was man mit solchem Studentenpöbel macht, der nur aus Kommunisten und Marxisten besteht: nur mit brachialer Gewalt und nur bedingt mit Wasserwerfern be-kämpfen!

Das allerbeste Mittel: einmal mit MPi reingehalten, dann werden Sie, Herr AStA, wohl Wasser in die Ohren bekommen und mit Ihnen der ganze Kommilitonenpöbel. Und dann die Uni geschlossen und der ganze Studentenhaufen nach Hause anonym gejagt.

Betr.: "Überraschungen" (BSZ Nr. 35)

Für den liebevoll vorbereiteten "vorweihnachtlichen Abend" möch-te ich auf diesem Wege meinen herzlichen Dank aussprechen.

An die Adresse des außerordentlich solide informierten Verfassers nur ein paar Worte: Sie haben uns zwar demonstriert, daß eine gute Erziehung nicht gerade Ihr Vorzug ist, andererseits aber haben Sie sich als großer Philologe erwiesen, sonst hätten Sie nämlich nicht die Sprachkurse des Akademischen Auslandsamtes so souveran als mangelhaft abqualifizieren können. Ich möchte Sie herzlich bitten, uns

ren und zu den Sprachkursen so wertvolle Anregungen geben können, Ihr Opus nur verschlüsselt unterzeichnet.

Milan Zubaty Ein tschechischer Student

Betr.: Zueignung Sehr geehrte Herren, das Amts-

gericht Bochum hat einen Studenten zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er "in den Monaten vor dem 20. 7. 1968 in Bochum fort-gesetzt handelnd fremde bewegliche Sachen einem anderen in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen hat, indem er der Universität Bochum 49 Bücher entwendete". Der Student hatte diese Bücher aus der Universitätsbibliothek und einigen Institutsbiblio-theken entwendet, Stempel radiert oder herausgeschnitten und die Bücher auch sonst hinsichtlich ihrer Herkunft unkenntlich gemacht. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Tatsache in Ihrer Zeitung in einer der nächsten Ausgaben zur Kenntnis bringen wollten.

Prof. Dr. Pflug, Universitätsbibliothek Bochum Gärtnerstraße 15.

sein Amt berufen wird. Donnerstag, den 23. Jan. 1969,

19 h, in HIC 03/311:

EIN-MANN-KABARETT: HANNS-DIETER HÜSCH Eine Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten des Vietnam-Kinderdorfs in Oberhausen. Karten im Vorverkauf beim **AStA**

(4 DM, für Studenten 2 DM)

Ihr nächstes Auto

Simca 1000 GL 65/5200, 2 Jahre TÜV, technisch und optisch Spitze. Sonderausstattung, Sicherheitsgurte, Gürtelreifen. Spitze über 135 km/h, Verbrauch 7 l (garantiert). Wegen Anschaffung eines Kombi für nur 2000 DM zu verkaufen. Tel.

Für 75,- DM Bochum - London und zurück!

Fahrt mit PKW nach London am 23. 1. 69, 3 Plätze frei. Kostenbeteiligung DM 75,—. Rückfahrt nach Vereinbarung. Auskunft und An-meldung in der Baracke VIII, Sekretariat der Studentenschaft.

Übernehme sämtliche schriftlichen Arbeiten in deutscher Sprache, ausgenommen Physik und Mathematik. Tel. 14180

Welcher Wuppertaler

fährt in den Osterferien zur Uni? Glabasnia, 56 Wuppertal-Ro.



Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft

an der Ruhr-Universität

Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher Anzeigenleitung: Christine Schipplick

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG. Bochum,

Nr. 90 685 9 Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum. im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.